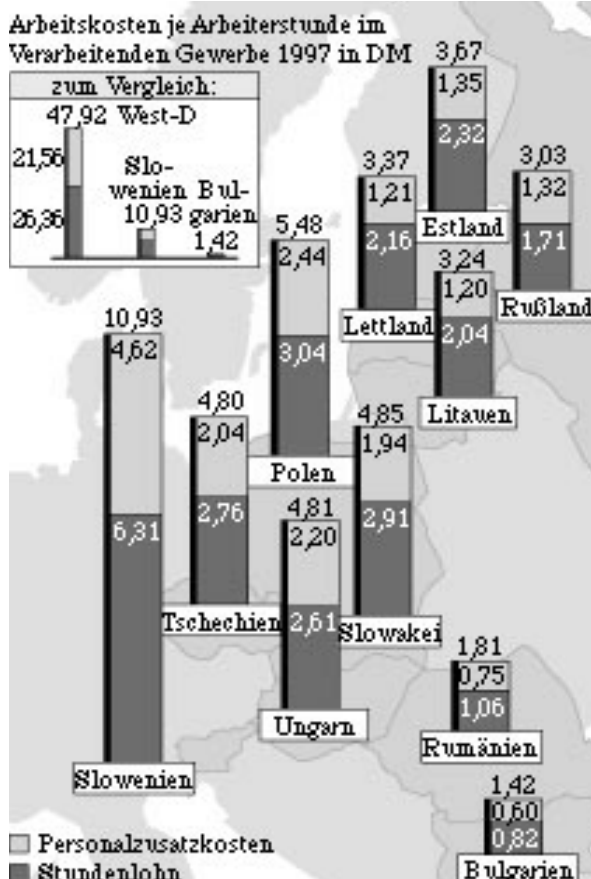


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Deutschland und die EU-Osterweiterung



Das Institut der Deutschen Wirtschaft wirbt ... und der BdV begründet territoriale Ansprüche



EU-Osterweiterung:
Düstere Aussichten
für die
Beitrittskandidaten
Seite 3

Präsidenten-
wahlen in
Jugoslawien
Seite 7

Zwangsarbeiter-
Entschädigung:
Kommunales
Soforthilfeprogramm
in Köln
Seite 12

Ladenschluss:
Schröder verspricht
was
Seite 15

Zu den sogenannten
Beneš-Dekreten
Seite 18

„Meine Kreativität
hat keine Farbe“
Seite 23



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24 00 94 68, Fax: 030/24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

„HALBES JA“. Am 27.9. will das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur BAföG-Reform verabschieden. Nachdem Schröder ein Veto gegen eine grundlegende Strukturreform eingelegt hatte, wird weiter am bestehenden Ausbildungsförderungssystem gebastelt, das nicht verhindert hat, dass Hochschulbildung eine Frage des elterlichen Einkommens bleibt: Im August 1999 kamen nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) von 100 Kindern aus „einkommensschwächeren Schichten“ zwar noch 33 in die gymnasiale Oberstufe, aber nur 8 an die Hochschule, von 100 Kindern aus „einkommensstarken Familien“ dagegen 84 an die Oberstufe und 72 an die Hochschule. Die HRK antwortete auf den Reformentwurf mit einem „halben Ja“. Zwar würden die Auslandsförderung ausgedehnt und die Förderleistung in den neuen und alten Bundesländern erhöht sowie weitere Verbesserungen eingeleitet, doch mit der Anhebung des monatlichen Fördersatzes von jetzt 640 auf 730 DM würden nach wie vor viel zu wenige Studierende erreicht. Die mit der Reform geplanten Netto-Ausgaben von 2,1 Mrd. DM (3,1 Mrd. DM abzüglich der Darlehens-Rückflüsse von z.Zt. 1 Mrd. DM) liegen laut HRK um 1,5 Mrd. DM unter den Netto-Ausgaben von 1980 von nominal 3,6 Mrd. Die Differenz wird durch den Kaufkraftverlust noch weiter verschärft wie auch durch die Tatsache, dass sich die Studierendenzahl von 1 Mio. 1980 auf heute 1,8 Mio. erhöhte.

VERFASSTE STUDIERENDENSCHAFT. Statt, wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen festgelegt, die Verfasste Studierendenschaft durch Änderung des Hochschulrahmengesetzes abzusichern, plant die SPD in Niedersachsen nun nach bayerischem und baden-württembergischen Vorbild die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft.

VERÖDUNG. Über 2 Mio. Menschen sind in den 90er-Jahren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus den östlichen Bundesländern und Ostberlin in den Westen gezogen – 1,24 Mio. zogen in umgekehrter Richtung von West nach Ost. Diese ungleiche Wanderungsbewegung ist eine der Ursachen der Krise der Wohnungswirtschaft im Osten, die eine weitere Ursache etwa in der Tatsache hat, dass die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten im Osten seit Jahren übertrifft und auch noch 15 Jahre übertreffen wird. Hinzu kommt, dass Besserverdienende zunehmend am Stadtrand bauen. Inzwischen stehen ca. 1 Mio. Wohnungen leer, ganze Wohngebiete sind verlassen, viele Innenstädte veröden. Die PDS forderte von der Ost-Bauministerkonferenz, die kürzlich stattfand, statt kosmetischer Maßnahmen wie eine Härtefallregelung des novellierten Altschuldenhilfegesetzes oder der Teilerlass von Altschulden ein Maßnahmenpaket von der vollständigen Streichung der Altschulden auf leerste-

hende Wohnungen, dem Stop der Neubauförderung von Wohnungen, der Umwandlung der bisherigen allgemeinen Modernisierungsförderung in eine Förderung zur gezielten Standort- und Quartiersentwicklung etc. bis zur Herabsetzung der Grundsteuer bei strukturell dauerhaftem Mietwohnungsleerstand. Außerdem setzt sie sich mit einem Antrag für Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Wohnungsgenossenschaften ein, die in den vergangenen Jahren aus Treuhandliegenschaftsbeständen entstanden. Ihre Chancen- und Wettbewerbsgleichheit müsse hergestellt werden.

MORATORIUM! Das Bundeskabinett steht vor der Verabschiedung eines Biopatent-Gesetzes, mit dem die EU-Biopatentrichtlinie 98/44/EC umgesetzt werden soll. Der behindertenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion Ilja Seifert forderte die Regierung auf, die Umsetzung auszusetzen und in neue Verhandlungen in Brüssel zu treten. „Deren Ziel muss das Verbot der Patentierbarkeit von menschlichen Genen sein, da eine private Aneignung genetischer Anlagen abzulehnen ist. Kein Mensch und keines seiner Teile dürfen „Eigentum“ eines anderen (noch von Institutionen, Unternehmen, Universitäten etc.) sein!“ Er kritisierte das Vorhaben des Kabinetts: „...wenn man heutigen Presseveröffentlichungen glauben darf, ist bisher noch nicht einmal zuverlässig gesichert, dass mit dem vom Bundesjustizministerium vorgelegten Gesetzentwurf die Erteilung von Patenten ausgeschlossen wird, die gegen das deutsche Embryonenschutzgesetz verstoßen könnten. Es muss verhindert werden, dass hier mit heißer Nadel bisherige rechtliche Mindeststandards unterlaufen werden. Und man darf nicht daran vorbeigehen, dass bei einer öffentlichen Anhörung der Bundestags-Enquetekommission ‚Recht und Ethik der modernen Medizin‘ Anfang Juli von den Experten z.T. sehr kritische Positionen zur EU-Biopatentrichtlinie geäußert wurden. Auch andere EU-Länder haben die Biopatentrichtlinie der EU aus guten Gründen bisher nicht umgesetzt. Die französische Justizministerin Guigou bezeichnete die EU-Regelung als ‚unvereinbar mit unseren Gesetzen, sie ist unvereinbar mit den (französischen) Bioethik-Gesetzen von 1994, sie ist es auch im Hinblick auf ... das (französische) Bürgerliche Gesetzbuch, das die Vermarktung des menschlichen Körpers verbietet‘. Mehr noch – die niederländische Regierung hat auf Verlangen des nationalen Parlaments beim Europäischen Gerichtshof einen Antrag auf Nichtigkeitserklärung der EU-Biopatentrichtlinie gestellt. Das Verfahren ist jedoch noch nicht entschieden. Wie steht die Bundesregierung zu den rechtlichen und ethischen Bedenken der EU-Partner? Will sie hier einen ‚deutschen Sonderweg‘ beschreiten? Viele offene Fragen und genug Gründe, um für die Biopatentrichtlinie ein Moratorium zu verhängen.“

Düstere Aussichten für die Beitrittskandidaten

Der für die Erweiterungsverhandlungen zuständige deutsche EU-Kommissar Verheugen regte jüngst eine Volksabstimmung in der BRD über die Osterweiterung an. Die „Eliten“, so seine Begründung, wären so gezwungen, über die mit der Erweiterung verbundenen Probleme offen „mit dem Volk“ zu reden.

Der Widerhall war groß. Schroffe Ablehnung kam aus den osteuropäischen Ländern, vor allem aus Polen. Haiders FPÖ applaudierte, CDU und CSU lehnten zwar eine Volksabstimmung ab, hielten aber bei den „Problemen“ ein, die Bundesregierung distanzierte sich, ebenso die Wirtschaftsverbände, sie hoben den großen Nutzen hervor, den die Osterweiterung „gerade für Deutschland“ habe. Einig waren sich allerdings alle, dass die EU-Osterweiterung in der BRD keine Mehrheit finden werde.

Was hat den Verheugen geritten, die Keule „Volksabstimmung“ zu schwingen, die von allen als Versuch verstanden wird, die Erweiterung mindestens auf unbestimmte Zeit zu vertagen? Tatsache ist, dass die EU mit der Formulierung der Beitrittskriterien und allerspätestens mit der Einleitung der konkreten Erweiterungsverhandlungen den betreffenden Ländern die Beitrittsperspektive verbindlich eröffnete und schon die Anregung, diese Perspektive unter den Vorbehalt einer „Volksabstimmung“ in der BRD zu stellen, dem Vertragsbruch

gleichkommt.

Allerdings wirft die Vorstoß Verheugens wie die Diskussion, die er auslöste, ein schlaglichtartiges Licht auf das große Problem der EU-Osterweiterung. Absehbar ist zur Zeit nämlich weder der

weitere Verlauf noch das Ergebnis.

Die ernüchternden Erfahrungen mit der Osterweiterung der BRD haben die osteuropäischen Länder in der 90er-Jahren nicht davon abgehalten, in die EU zu drängen, von der sie Unterstützung bei der Transformation ihrer Wirtschaften und der notwendigen Modernisierung der Produktion erwarteten. Auch trieb sie die Furcht, aus dem expandierenden europäischen Großwirtschaftsraum ausgeschlossen zu bleiben. So unternehmen sie seit Jahren unvorstellbare Anstrengungen, um die einseitig diktierten Bedingungen zu erfüllen, die Wirtschaftsweise umzuwälzen, ausländischem Kapital Tor und Tür zu öffnen, die politischen, Sozial- und Rechtssysteme anzupassen, Seite um Seite der inzwischen 80.000 Seiten Gemeinschaftsrecht ins nationale Recht zu integrieren ... Und was ist auf der anderen Seite? Für keines der Beitrittsländer in die EU trieben und treiben, zeichnet sich eine Lösung ab, im Gegenteil drohen sich die Probleme immer gewaltiger aufzutürmen. Noch nicht einmal der Termin



„Die Westgrenzen Polens – ein Buch mit 7 Siegeln“. Eine Karikatur in der niederländischen Zeitung „De Telegraaf“, Mai 1990 – die Wirklichkeit holt die Befürchtungen, die die Annexion der DDR nährte, ein. Wird Polen mehr als ein deutsch beherrschtes EU-Territorium?

EU-Osterweiterung

Beitrittskandidaten

Zehn osteuropäische Staaten beantragten den EU-Beitritt: Ungarn (März 1994), Polen (April 1994), Rumänien, die Slowakei (Juni 1995), Lettland /Oktober 1995), Estland (November 1995), Litauen, Bulgarien (Dezember 1995), Tschechien (Januar 1996), Slowenien (Juni 1996). Schon 1990 hatten Zypern und Malta den Beitritt beantragt. Die Türkei erhielt 2000 als 13. Land den Kandidatenstatus.

Beitrittskriterien

Die EU befasst sich auf verschiedenen Gipfeltreffen seit 1993 mit der Osterweiterung. Auf dem Gipfeltreffen 1993 setzte sie die sog. „Kopenhagener Kriterien“ fest, die die Beitrittsländer zu erfüllen haben:

- Institutionelle Stabilität; demokratische und rechtsstaatliche Ordnung; Wahrung der Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten.
- Eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten.
- Übernahme des „Besitzstandes der Gemeinschaft“, d.h. von ungefähr

80.000 Seiten Rechtstexten.

Beitrittsverhandlungen

Ende 1998 nahm die EU die Beitrittsverhandlungen mit einer ersten Gruppe – Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Estland, Slowenien, Zypern –, im Frühjahr 2000 mit der zweiten Gruppe von Beitrittsländern auf (Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta). Allerdings kann, genau gesagt, von Beitrittsverhandlungen keine Rede sein: Die Beitrittsländer haben auf die Bedingungen, die sie zu erfüllen haben, keinen Einfluss; sie haben den gesamten Rechtsbestand der EU komplett zu übernehmen. Dieser Bestand ist in insgesamt 31 Kapitel geteilt (wie z.B. freier Waren-, Kapital-, Personen-, Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Sozial- und Beschäftigungspolitik, Landwirtschaft etc.), die nach und nach auf die Tagesordnung gesetzt werden. Verhandelt wird, wenn überhaupt, lediglich über einzelne zeitlich begrenzte Übergangsregelungen.

Stand

Bei der ersten Gruppe waren bereits 29 der 31 Kapitel Gegenstand der „Verhandlungen“, je Land sind zwischen 10

und 16 Kapitel vorläufig abgeschlossen, die anderen Kapitel wurden teils durch die Kandidaten, sofern sie Anträge auf Übergangsfristen stellten, oder durch die EU, die mehr Informationsbedarf anmeldete, zurückgestellt. Das letzte substantielle Kapitel (Landwirtschaft) wurde auf Ministerebene am 14. Juni 2000 eröffnet.

Bei der zweiten Gruppen wurden, nach den einzelnen Ländern differenziert, die Verhandlungen über bis zu acht Kapitel eröffnet. Den baltischen Ländern, der Slowakei und Malta räumt die Kommission die Möglichkeit ein, eventuell zu den Staaten der ersten Gruppe aufzuschließen.

Beitrittsperspektive

Die deutsche und die französische Regierung hatten Polen 1995 die Aufnahme schon für das Jahr 2000 zugesagt. Dann war für die erste Gruppe als Beitrittstermin das Jahr 2003 im Gespräch, inzwischen wird 2005 oder 2006 angepeilt. Der Beschluss über den Termin soll definitiv in diesem Jahr auf dem EU-Gipfel in Frankreich gefasst werden, auf demselben Gipfel, der auch die EU-Reform beschließen will.

des Beitritts steht fest, droht immer weiter nach hinten verschoben zu werden. Die EU-Mitgliedsländer, allen voran die BRD, profitieren bereits jetzt vom Erweiterungsprozess, die osteuropäischen Länder tragen die Lasten. Folge: Die Zustimmung zum EU-Beitritt, in den ersten Jahren Umfragen zufolge bei 80 bis 90%, sinkt und sinkt und liegt z.B. in Polen inzwischen bei unter 50%. Doch die länderübergreifende Diskussion über Alternativen zum gegenwärtigen Erweiterungsprozess steckt erst in den Anfängen. Wir wollen ihr in dieser Zeitschrift zukünftig größeren Raum geben.

Zwei gravierende Probleme sollen im Folgenden angesprochen werden.

Bedrohung der landwirtschaftlichen Entwicklung

Der Agrarsektor der mittelosteuropäischen (MOE) Länder hat im Übergang von der staatssozialistischen Plan- zur Marktwirtschaft eine tiefgreifende Wandlung erfahren. Preisliberalisierung, Subventionsabbau, Nachfragerückgang bei Nahrungsmitteln führten zu einem regelrechten Einbruch der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und schnell auch der Agrarproduktion. Obwohl in den meisten MOE-Ländern der Agrarsektor im Vergleich zum EU-Durchschnitt eine überdurchschnittlich große Rolle spielt, wurden sie im Verlauf des letzten Jahrzehntes mit wenigen Ausnahmen zu Netto-Agrarimporteuren. Ihre Exporte sanken, dagegen drangen die westeuropäischen Agrar- und Lebensmittelkonzerne immer weiter vor. Die EU konnte ihre – stark subventionierten – Agrarimporte in die MOE-Länder enorm

steigern und verzeichnet seit 1992 einen Überschuss mit dieser Ländergruppe. Die massenhafte Freisetzung „überflüssiger“ Arbeitskräfte im letzten Jahrzehnt gibt allerdings nur einen Vorgeschmack auf das große Bauernlegen, das im Zuge des Beitritts unvermeidlich eintritt, wenn die EU ihre Bedingungen durchsetzt.

Denn während die MOE-Länder einerseits gezwungen sind, ohne Widerspruch und buchstabengetreu das Gemeinschaftsrecht zu übernehmen, sollen sie andererseits auch nach dem Beitritt von der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ ausgeschlossen bleiben. Die EU droht nicht nur mit der Beibehaltung von Grenzkontrollen und Zöllen für MOE-Agrarprodukte, deren Preise bis zu 50% unter den gestützten EU-Agrarpreisen liegen). Sie will vor allem die für die Landwirtschaft geltenden Direktbeihilfen nicht zahlen. Mit dem Beitritt der ersten Kandidatengruppe (s. Kasten) müsste der Agrarfonds um ca. 20 Mrd. Euro aufgestockt werden. Im Haushaltsplan der EU, der bis 2006 gilt, ist nicht ein einziger Euro für Direktbeihilfen für die MOE-Landwirtschaft vorgesehen. Für die Zeit danach steht eine grundlegende Änderung der EU-Agrarpolitik und eine Kürzung und Umlenkung der Transfers in die Landwirtschaft auf dem Plan. Die Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft in allen EU-Ländern, vor allem aber in Ländern wie Polen, wo immer noch 28% aller Erwerbstätigen dort arbeiten, sind an fünf Fingern abzuzählen. Nimmt es wunder, dass die Beitrittsverhandlungen mit Polen just beim Kapitel „Landwirtschaft“ ins Stocken geraten?

Welche alternativen Ansätze zu einer Reform der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ aber, die den Namen verdient, gibt es, die die landwirtschaftliche Entwicklung in den MOE-Ländern nicht abblockt und z.B. in der gesamten EU eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft fördert?

Verlängerte Werkbank westeuropäischer Konzerne?

Natürlich lässt sich die Frage der Ziele – und Mittel – einer „Gemeinsamen Agrarpolitik“ nicht lösen von der allgemeinen Entwicklungsperspektive, die die EU den Beitrittsländern bietet – oder nicht bietet. Als verlängerte Werkbank westeuropäischer und insbesondere deutscher Konzerne jedenfalls haben die MOE-Länder keine Entwicklungsperspektive.

In den letzten Jahren haben sich bereits starke Abhängigkeitsverhältnisse herausgebildet. Ungarn z.B. liefert über 70% seiner Ausfuhren in die EU, Polen, Slowenien, Tschechien ebenfalls über 60%. Dabei verzeichnen die EU-Länder einen jährlichen Überschuss von 10 Mrd. Euro, und die EU-Kommission erwartet, dass sich das Handelsbilanzdefizit der MOE-Länder im Zuge des Beitritts ungefähr verdoppeln wird. Den MOE-Staaten wird wie selbstverständlich die Rolle des Zulieferers und des „kostengünstigen“ Nischen-Produzenten innerhalb der Arbeitsteilung im europäischen Großwirtschaftsraum zugewiesen. „Arbeit ist konkurrenzlos billig“, triumphieren der IWD-Informationsdienst angesichts der „Arbeitskosten bei den direkten östlichen Nachbarn der Bundes-

Sicherheitsversprechen für die deutsche Ostexpansion

Rot-grüne Außenpolitik operiert, so viel steht seit dem Kosovo-Krieg fest, doppelbödig. Was Schröder als Hauptredner der Feier zum 50. Jahrestag der „Charta der Vertriebenen“ in Berlin meinte, muss ausgedeutet werden. „Vertreibung“, sagt er z.B., „wie auch immer sie begründet wird und welche Verbrechen auch immer damit gerächt werden sollen ...“ – Schon sind die Potsdamer Verträge, die das Territorium Deutschlands fixierten und die Grundlage für die Umsiedlung der im wiederhergestellten Polen und der Tschechoslowakei vertriebenen deutschen Staatsbürger boten, „Rache“. Rache ist Unrecht. Ein Rechtsstaat nimmt Unrecht nur unter Vorbehalt hin. So steht alles Anerkennen der Situation im östlichen Europa auf den tönernen Füßen der Kräfteverhältnisse.

Oder: „Diese Menschen waren Opfer, und zwar in allererster Linie Opfer der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten und des Hitlerschen Aggres-

sionskrieges. Sie hatten in besonderer Weise die Last dieser Kriegsschuld zu tragen.“ Die Nazi-Strategie („Volk ohne Raum“) war mit der deutschen Ostsiedlungs- und Kolonisationsgeschichte dicht verwoben. Die Menschen, die sich in Osteuropa zu Deutschtum und Reich bekannten, waren auch praktisch für den Ausbau und die Durchführung der Nazi-Herrschaft unverzichtbar. Lügen über die Lage der deutschen Minderheiten im Osten trugen die Mobilisierung zu Annexion und Überfall. Nach Kriegsende hatten es die Nachbarländer, die der völligen Vernichtung durch Nazideutschland nur knapp entgangen waren, mit Minderheiten zu tun, die sich weiterhin zu Deutschtum und zum „Reich“ bekannten und sich keineswegs in die wiedererrichteten polnischen, tschechoslowakischen und anderen Länder als Minderheit eingliedern wollten. Sie hielten an Deutschland fest und Deutschland an ihnen. – Am Ende bemäntelt die Opfer-Metapher in diesem Fall bloß die Verantwortlichkeit der Menschen für ihr politisches Tun oder eben auch Unterlassen.

Vielleicht meint Schröder ja tatsäch-

lich, mit Osterweiterung der EU liefe die Verbandspolitik der Vertriebenen ins Leere? Eher nicht, denn es wird erwartet, dass mit der Übernahme des EU-Rechts v.a. durch die Tschechische Republik diese Ansprüche eher aufleben. – Ein demokratischer Staat müsste seine Bürgern mahnen und hindern, Forderungen zu betreiben, die in die Souveränität von Nachbarländern eingreifen. Stattdessen preist Schröder vor den Vertriebenenverbänden, die heute besser als Rücksiedlungsbetriebe bezeichnet würden, den Kosovokrieg als Ursprung der Freiheit in Europa:

„Hier ging es um nicht weniger als um die Frage, wie ernst wir es meinen mit unserem Kampf gegen Vertreibung und Ausgrenzung. Und so wenig die Entscheidung für einen Krieg gegen Milošević einem Deutschen leichtfallen konnte, so klar war doch, dass in diesem Notfall nur durch entschlossenes Handeln Europa sich selbst zu einem Kontinent der Freiheit machen konnte.“

Ein Sicherheitsversprechen für die deutsche Ostexpansion. Die Verbände werden es verstehen. *maf*

Alle Zitate nach www.bundesregierung.de

Europaweites Treffen linker Parteien

Anfang September fand in Stockholm das erste größere Treffen linker Parteien aus West- und Osteuropa statt. An dem Treffen, das vom Forum der „Neuen Europäischen Linken“ (NELF) und der schwedischen Linkspartei veranstaltet wurde, nahmen rund 300 Abgesandte von 50 Parteien und Bewegungen teil. Darunter waren die Linken Polens, der baltischen Staaten, Rumäniens, der Ukraine, Russlands. Auf den 16 Workshops wurden erheblich Meinungsunterschiede deutlich, die eine Zusammenarbeit noch sehr erschweren. Auf dem von der PDS veranstalteten Seminar „Die Erweiterung der EU – Fluch oder Chance für ein vereinigtes Europa?“ trat Sylvia-Yvonne Kaufmann für die Verabschiedung einer europäischen Grundrechtscharta ein. Dies wurde von einigen Organisationen abgelehnt. Ein Vertreter der schwedischen Linkspartei machte geltend, dass eine solche Charta nur ein Schritt zu einer europäischen Staatsbildung sei, was die meisten skandinavischen Linken ablehnten. Auch die Frage, ob es eine Volksabstimmung über die EU-Erweiterung geben soll, wurde kontrovers diskutiert. Sprecher aus den Kandidatenländern Tschechien, Lettland und Zypern sprachen sich im Prinzip für eine Erweiterung

aus, machten jedoch zahlreiche Bedenken geltend. Großen Widerhall fand Boris Kargarlitzki, ein ehemaliger sowjetischer Dissident und heute scharfer Kritiker der kapitalistischen Transformation Russlands, für seine Warnung, die Linke dürfe bei ihren notwendigen konstruktiven Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen nicht ihre Vision verlieren. Die Perspektive könne nicht der Dritte Weg von Blair sein. Kargarlitzkis Credo heißt: revolutionäre Realpolitik. Die PDS-Parteivorsitzende in Wartestellung Gabi Zimmer fasste zum Abschluss des Kongresses die Perspektiven der europäischen Linken zusammen: „Die Linke in Europa muss stärker kooperieren und dabei auch Strategien entwickeln, was sie bisher nur in Ansätzen getan hat. Das betrifft die Position zur EU-Erweiterung und zur europäischen Zentralbank. Nicht nur die PDS muss sich auf die Gesellschaft zu bewegen und aufhören, sich in innerparteiliche Grabenkämpfe zu verstricken. Und es erhebt sich die Frage, inwieweit sich die Linken gegenüber neuen Bewegungen wie etwa Attac, das in Frankreich entstandene Netzwerk zur Veränderung des derzeitigen Weltfinanz- und Handelsregimes, öffnet. Die bevorstehenden Aktionstage aus Anlass der Tagung von IWF und Weltbank in Prag oder des EU-Gipfels in Nizza bieten dafür gute Möglichkeiten.“ *hav*

republik: Tschechien und Polen. Mit den dort aufzubringenden Beträgen von 4,80 DM bzw. 5,48 DM ließen sich in Westdeutschland die Kosten ein Industriearbeiters gerade mal für 6 bis 7 Minuten decken.“ (IW, 25.1.99) Angesichts dessen beschleunigt sich der Kapitalexport der EU- in die MOE-Länder rasant: Sie betrugen zwischen 1991 und 1997 50 Mrd. US-\$, und die Kommission erwartet, dass sie sich schnell verdoppeln. Die BRD dominiert sowohl beim Handel als auch beim Kapitalexport – in Polen z.B. entfallen mit 19% aller ausländischen Direktinvestitionen der mit Abstand größte Brocken auf deutsches Kapital. Diese dürren Zahlen geben eine Ahnung, dass insbesondere die BRD bzw. die deutschen Konzerne die osteuropäischen Beitrittsländer als Hinterland ihrer Expansion betrachten.

An einen dritten Komplex soll nur erinnert werden: Auf dem diesjährigen EU-Gipfel in Nizza wollen die Staats- und Regierungschefs eine politische „Reform“ beschließen. Deutschland und andere streben danach, die Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU so umzuwandeln, dass sich ihre ökonomische Vormachtstellung in politische Hegemonie umsetzt.

Auf diesem Hintergrund der realen Entwicklungen wie der Zielsetzungen ist die politische Absicht des Verheugen-Vorstoßes durchsichtig. Ohnehin stand

Zum Beispiel Polen

Mitte 1999 liegen die ausländischen Direktinvestitionen bei 35,5 Mrd. \$, davon entfielen auf:

BRD: 6,07 Mrd. US-\$

USA: 5,00 Mrd. US-\$

Italien: 3,15 Mrd. US-\$

NL: 3,08 Mrd. US-\$

Insgesamt wurden 750 ausländische Konzerne mit mehr als 1 Mio. US-\$ Investitionen registriert, aus der BRD vorrangig: Allianz, Commerzbank, Deutsche Bank, Gerling-Konzern, HypoVereinsbank, Metro, Opel, Volkswagen.

nie eine demokratisch gestaltete Vereinigung von west- und osteuropäischen Ländern auf dem EU-Plan, sondern immer die EU-Erweiterung. Im Zuge der Osterweiterung fällt nun auch der Anschein von Gleichberechtigung, von gestaltetem Beitritt. Den osteuropäischen Ländern droht eine Zukunft nicht als EU-Mitglieder, sondern als Territorien in kolonialem Sinne. *scc*

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung führte am 16./17. Juni die Konferenz „Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension“ durch. Einige interessante Beiträge sind zu finden unter: <http://www.rosalux.de/Einzel/Osterweiterung/index.htm> – Eine weitere Konferenz soll im nächsten Jahr folgen.

SPD-Gewerkschaftsrat sorgt für „kühleren Herbst“

Unter Leitung des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder, hat der SPD-Gewerkschaftsrat am 4. September getagt. Dem SPD-Gewerkschaftsrat gehören das SPD-Präsidium und, sofern Mitglied der SPD, die Vorsitzenden des DGB, der DAG und der DGB-Einzelgewerkschaften an. Thema war die Rentenreform; eine schriftliche Erklärung zum Thema findet sich nicht. Laut Informationen der Beteiligten war Zweck, die Kritik aus den Gewerkschaften an der Rentenreform ruhig zu stellen und den angekündigten „heißen Herbst“ mit Protestaktionen gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung zu verhindern.

Das scheint auch gelungen. Das Zugeständnis der Regierung: Die Rentenanpassung erfolgt 2001 nicht, wie eigentlich beschlossen, nach der Inflationsrate, sondern, wie früher, nach der Entwicklung der Nettolöhne. Außerdem gibt's die allgemeine Aussage, dass die Betriebsrenten gestärkt werden sollen; dafür sind aber sowieso die Tarifparteien und nicht die Regierung zuständig. Die Vorsitzenden der großen Gewerkschaften, insbesondere Zwickel von der IG Metall, haben dafür die Kröte der Bezahlung der privaten Altersvorsorge ausschließlich durch die Beschäftigten (allerdings steuerlich subventioniert) geschluckt.

Dem Bundeskanzler und den zuständigen Ministern ist dieses Zugeständnis leicht gefallen: der Unterschied zwischen der Inflationsrate 2000, die bei knapp unter zwei Prozent liegen dürfte, zur durchschnittlichen Nettolöhnerhöhung, die wahrscheinlich leicht über zwei Prozent liegen dürfte, ist nur noch gering; eine deutliche Entlastung der Rentenkasse, wie eigentlich geplant, bliebe mit der Inflationsanpassung also aus.

So kommen jetzt noch die Proteste der Üblichen: Klaus Wiese (IG Bauen, Agrar, Umwelt) will weiterhin eine Beteiligung der Arbeitgeber an der Privatvorsorge. Detlef Hensche von der IG Medien, der nicht zum Gewerkschaftsrat hingegangen war, kritisiert mit starken Worten die Abkehr vom Solidarprinzip durch die Einführung der privaten Vorsorge. Er fordert eine allgemeine Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen und alle Einkünfte – politische Mehrheiten für einen solch radikalen Umbau des Rentensystems sind allerdings nicht in Sicht. Am Ende werden sowohl die CDU als auch die „linke“ Kritik aus der SPD (nach einigen weiteren „Zugeständnissen“) verstummen und Schröder/Riester können die Rentenreform durchziehen. *alk*

Alles immer teurer, und warum jetzt?

Von Oktober 1999 bis heute stieg der Heizölpreis von 59 Pfennig auf 1,01 DM, erhöhten sich die Gaspreise durch ihre Kopplung an die Ölpreise um rd. 50%, stieg der Preis für den Liter Dieseldieselkraftstoff von DM 1,35 auf DM 1,67 und der für einen Liter Eurosuper von DM 1,81 auf DM 2,03. Bereits seit Juni liegt der Preis pro Liter Superbenzin über DM 2.

War der Begriff von den „französischen Verhältnissen“, an denen man sich orientieren sollte, in der Vergangenheit eher in der Linken beheimatet, so hat ihn jetzt die Bildzeitung adoptiert. Ausgerechnet Bild fragt nach, ob sich denn Fern-, Taxi- und überhaupt die Autofahrer nicht ein Vorbild an Protesten in Frankreich nehmen sollten. Die CDU, immer auf der Suche nach Kampagnenfutter gegen die Regierung, will mit einer „ÖKO-K.O.“-Mobilmachung Punkte sammeln. Herr Oehm, Vizepräsident des ADAC, lässt als Anwalt der deutschen Autofahrer wissen: „Frankreich hat uns vorgemacht, was man erreichen kann.“

Aufschlussreich am Vergleich der aktuellen Benzinpreise zwischen den europäischen Ländern ist immerhin, dass der Hauptanteil der Endpreisunterschiede auf den unterschiedlichen Steueranteil zurückzuführen ist. Während der Nettopreis ohne Steuern z.B. für 1 l Dieseldieselkraftstoff zwischen umgerechnet DM 0,56 in Portugal, 0,65 DM in der Bundesrepublik, 0,64 DM in Frankreich und 0,63 DM Großbritannien – also in einer eher geringen Bandbreite – schwankt, variiert der Endpreis für den gleichen Liter Dieseldieselkraftstoff zwischen DM 1,22 in Portugal, 1,67 Bundesrepublik, 1,74 Frankreich und 2,58 Großbritannien. Der Steueranteil am Endpreis (hier bei Diesel, was aber entsprechend für die anderen Kraftstoffarten gilt) liegt immer weit über 50%: Portugal 54%, Bundesrepublik 60%, Frankreich 63%, Großbritannien 76%. Das bedeutet zunächst einmal, dass die Staaten der Erdölabbnehmerländer einen erheblichen Preisbestandteil gegenüber dem Endverbraucher durchsetzen können, den die erdölproduzierenden Länder gegenüber den abnehmenden Konzernen, bzw. Staaten nicht durchsetzen können. Anders gesagt, die erdölproduzierenden Länder können die ihnen zustehende Grundrente – den Preis für den Rohstoff auf ihrem Gebiet – nur in Burchteilen realisieren. Dazu kommt noch, dass die Steuerschraube zweifach wirkt: Die Mineralölsteuer erhöht den Produktpreis und darauf kommt auch noch die Mehrwertsteuer. Das führt dazu, dass im Endeffekt der Preis von 2,01 DM pro Liter Super z.B. 1,10 DM Mineral- und Ökosteuer und 0,28 DM Mehrwertsteuer enthält. Allerdings, die Staatshand auf dem End-

verbrauchspreis macht Protest gegen den Staat naheliegend, erklärt aber nicht die aktuelle Preiserhöhung.

Die Preiserhöhung für Mineralöl und Mineralölprodukte in den letzten rund 12 Monaten setzt sich aus vier Komponenten zusammen: dem kontinuierlichen Anstieg der Rohölpreise von ihrem Tiefststand bei ca. 10 Dollar pro Barrel Ende 1999 auf derzeit ca. 37,6 Dollar, der weiteren Verschlechterung des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar im gleichen Zeitraum, denn die Importpreise für Rohöl werden in Dollar berechnet, der Kartellpolitik der Mineralölkonzerne und der Erhöhung des Steueranteils durch die Ökosteuer. Keine



Veränderung für sich erklärt den Gesamtumfang der Preiserhöhung. Bei gleichbleibendem Euro-Kurs gegenüber dem Dollar könnte der Endpreis um ca. 13 Pfennig billiger sein, wird gerechnet. Seit März stiegen die Preise bedeutend stärker als die Rohölpreise. Die „Raffinationsgewinne (der großen Ölkonzerne) (haben) Ausmaße erreicht, wie sie seit dem Golfkrieg nicht mehr beobachtet wurden“, und es gäbe Preisdifferenzen, die sich nur durch Kartellpolitik erklären ließen vermutet die EU-Kommissarin de Palacio.

Was also ist los? Vergleichbare Erhöhungen der Rohölpreise aus einem Tiefststand zwischen 10 bis 23 Dollar pro Barrel auf knapp unter bzw. über 40 Dollar pro Barrel hat es Anfang der 80er- und Anfang der 90er-Jahre jeweils im Vorfeld eines Konjunkturabschwungs also an der Spitze des Konjunkturaufschwungs gegeben. Vereinfacht gesagt: Nimmt das Wirtschaftswachstum zu, steigt auch die Nachfrage nach Rohöl, also haben die erdölproduzierenden Länder bessere Chancen, ihre Preise wieder anzuheben und die Preiseinbrüche aufzuholen und auszugleichen, die sie in den Jahren davor hinnehmen mussten. Zwar haben die OPEC-Staaten am letzten Wochenende eine Erhöhung des Förderkontingents beschlossen, aber das wird kurzfristig an den Rohölpreisen nicht viel ändern. Der bevorstehende Winter führt zum Fortbestand der Nachfrage, die Transport- und Raffineriekapazitäten seien ausgelastet, wird berichtet, und gut informierte Einkäufer ha-

ben mit Lagerbildung vorgesorgt, werden also bei Abbau der Lager weiter nachfragen. (Dazu soll u.a. auch die Lufthansa gehören.)

Andererseits gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen der Situation jetzt und der zu Beginn der 80er-Jahre: Relativ zum wachsenden Bruttoinlandsprodukt hat der Energieverbrauch in den sog. Industriestaaten Europas und Nordamerikas weniger zugenommen (nicht so in den Ländern Asiens oder Lateinamerika). Je eine Million DM Bruttoinlandsprodukt wurden 1980 192 Tonnen Steinkohle einheiten in Europa und Nordamerika verbraucht, heute 130 Tonnen. Das ist der sachliche Grund, warum ein Teil der Wirtschaftspresse in den steigenden Ölpreisen zwar mögliche Gründe für Schwierigkeiten der Regierung Schröder, aber nicht unbedingt kurzfristige Vorzeichen eines Konjunkturabschwungs sehen will. Das sinkende Gewicht des Energieverbrauchs am gesamten Wirtschaftsvolumen mindere auch den Einfluss auf den Anstieg der Importpreise, damit auch den Einfluss auf die Preissteigerung, wird argumentiert. Unzweifelhaft aber ist, dass die steigenden Mineralölpreise die private Nachfrage bei gleichzeitig eher steigenden Preisen weiter senken. Sicher ist auch, dass die Auswirkungen der Rohölpreiserhöhungen auf den Wirtschaftsverlauf zwischen Ländern und Regionen nochmals unterschiedlich sind je nach dem Anteil, den der Rohölimport am gesamten Rohölverbrauch hat. Länder mit eigener Ölproduktion wie die USA sind davon weniger betroffen als etwa der Euro-Raum. Dementsprechend reagieren auch die Europäische Zentralbank und die amerikanische Federal Reserve Bank anders. Die Europäische Zentralbank leitete Zinssteigerungen zur „Verknappung“ des Geldes angesichts steigender Importpreise ein, die amerikanische Zentralbank – trotz höherer Preissteigerungsrate in USA – nicht.

Es gibt gute Gründe, jetzt verstärkt die Bedeutung der eigentlichen Nutzungs- und Endprodukte wie z.B. Transport oder Hauswärme – statt DM pro Eurosuper oder DM pro Kilowattstunde – und die Sicherstellung einer Mindestvorsorgung mit diesen Produkten in den Blickpunkt der Auseinandersetzung zu rücken. Über den angeblich „richtigen“ Literpreis Kraftstoff lässt sich lange diskutieren, aber mindestens so wichtig ist z.B. die Auseinandersetzung um die Beibehaltung oder Wiedereinführung von Sozialpässen, um der Abwälzung der Kraftstoffpreiserhöhung für den öffentlichen Verkehr auf die Endbenutzer Grenzen zu setzen. Eine Erhöhung des „Kilometergeldes“, die die SPD ins Spiel bringt, würde die Auswirkungen für diejenigen mindern, die für die Fahrt zur Arbeit eben nun mal auf das Auto angewiesen sind. Vergleichbare Maßnahmen beim Endverbrauch von Heizöl wären vorzuschlagen. *chc*

Quellen: Wirtschaftswoche, Financial Times dt. Ausgabe, Süddeutsche Ztg., Economis, Spiegel

Präsidentschaftswahlen in Jugoslawien

Mit massiven Drohungen versuchen Vertreter von NATO und US-Regierung, die Präsidentschaftswahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien am 24. September zu beeinflussen. Bei ihrem Besuch Anfang September in Montenegro sagte die US-Außenministerin Albright, Milosevic und seine Anhänger sollten im Kopf behalten, dass die USA den Wahlprozess genau beobachten werden. Und es bleibt nicht nur bei der Beobachtung. Während der Wahlen findet eine NATO-Militärübung in Kroatien statt. Kroatische Einheiten zusammen mit 300 US-Marineinfanteristen proben im Rahmen der Programms „Partnerschaft für den Frieden“ den NATO-Militäreinsatz auf dem Balkan. Die Übung beginnt vor dem Wahltermin und wird eine Woche andauern.

neralsekretär und jetzige EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana greift in den Wahlprozess ein. In der italienischen Zeitung La Stampa nannte er drei Möglichkeiten, die sich aus dem Urnengang ergäben: Milosevic gewinne, fälsche oder verliere. In den beiden ersten Fällen, so Solana, könnten die Folgen „sehr negativ“ sein. Das soll heißen: Die EU hat ihre Wahl unabhängig vom Votum der Stimmberechtigten in Jugoslawien getroffen. Ein Sieg des amtierenden Präsidenten wird auch dann nicht anerkannt, wenn kein Verdacht auf Wahlfälschung besteht. Dass ein solcher, sollte Milosevic gewinnen, ohnedies massiv erhoben werden wird, kann wie das Amen im Gebet vorausgesetzt werden. Eine Änderung der EU-Politik gegen-

Deshalb will das Kompradoren-Regime in Podgorica die Wahlen auf dem Boden Montenegros boykottieren. Die Verfassungskrise, die dies auslösen könnte, böte dem Westen einen neuen Interventionsvorwand.

Jugoslawiens Informationsminister Goran Matic wies unterdessen die Kritik des Westens und der Opposition an der ersten Direktwahl eines jugoslawischen Staatspräsidenten zurück. Es sei unberechtigt, die Wahl bereits im Voraus als unfair zu bezeichnen. Vielmehr gebe es keine höhere Ausdrucksform des demokratischen Prinzips als eine Direktwahl durch das Volk. Die Kritiker fürchteten indes, dass die Bevölkerung frei wählen könne und Milosevic in der Wählergunst einen Vorsprung habe, den kein Kandidat der Opposition wettmachen

könne, so Matic. Die jugoslawische Regierung will zur Wahl am 24. September keine Beobachter aus westlichen Staaten zulassen. Dieser Schritt diene dem Schutz der jugoslawischen Souveränität und Integrität, sagte Informationsminister Goran Matic in Belgrad. Und der Präsident der in Belgrad mitregierenden Jugoslawischen Linken (JUL), Ljubisa Ristic, will auch keine Vertreter der OSZE als Wahlbeobachter. „Die OSZE hat keine Glaubwürdigkeit für eine Wahlbeobachtung in Jugoslawien.“ Stattdessen wurden Vertreter aus China, Russland und In-



KFOR-Truppen besetzen das Werk von Trepca, Kosovo

Aggressive Töne ins Horn der US-amerikanischen Außenpolitik blies auch Dayton-Architekt Richard Holbrooke. Der einstige Balkan-Sonderkoordinator der USA kündigte als Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen für den Herbst eine US-Kampagne an mit dem Ziel, die jugoslawischen Diplomaten bei der UNO „vor die Tür zu setzen“.

Und auch der ehemalige NATO-Ge-

über Jugoslawien sei nur dann zu erwarten, wenn das Land sich am 24. September für die Demokratie entscheide, sagte Solana. Wer die Demokratie verkörpert, legt Brüssel fest. Folgt man der Logik, den Stimmen für das Regierungslager die demokratische Legitimation zu bestreiten, bräuchte in Jugoslawien überhaupt nicht gewählt zu werden. Das wäre den Demokratie-Interventionisten ohnedies am liebsten.

dien eingeladen und zudem „Menschen, die gegen die Luftangriffe waren“, so Ristic.

Miserable sozial-ökonomische Lage

Am 24. September werden in Serbien und Montenegro die Abgeordneten der beiden Kammern des Bundesparlamentes gewählt. In Serbien wird darüber hinaus über die Besetzung der kommunalen Gremien abgestimmt, in der nörd-

lichen serbischen Provinz Vojvodina gilt es zudem, das Regionalparlament zu bestellen. Doch als alles entscheidend gewertet wird im In- wie im Ausland der Ausgang der parallel stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Erstmals wird der erste Mann im Staat direkt vom Volk gewählt. Die Wahlen finden unter äußerst unangenehmen ökonomischen und sozialen Bedingungen statt.

Die jugoslawische Wirtschaft befindet sich bereits seit mehreren Jahren in einer anhaltenden Krise. Dies schlug sich auch auf die Einkommen der Bevölkerung nieder. Verdiente ein Jugoslawe im Jahre 1990 noch durchschnittlich 1.100 DM, waren es 1998 nur noch 203 DM. Infolge des Kosovo-Kriegs fiel das Durchschnittseinkommen nochmals auf die Hälfte und beträgt derzeit ca. 87 DM monatlich. Nach Angaben serbischer Wirtschaftsexperten (G 17), die sich als Kritiker des Milosevic-Regimes verstehen, hat jeder Einwohner Jugoslawiens heute durchschnittlich 1,50 DM pro Tag zur Verfügung.

Die NATO-Luftangriffe haben die Wirtschaftskraft noch weiter zurückgeworfen, nämlich auf ein Drittel des Niveaus von 1989. Zerstört wurden Industrieanlagen, Verkehrswege und Wohnhäuser im Wert von ca. 7,5 Mrd. DM, wodurch in den nächsten zehn Jahren über 40 Mrd. DM verloren gehen (G 17). Die Universität der Bundeswehr in Neubiberg / München schätzt die zivilen und militärischen Schäden durch die NATO-Luftschläge auf 11,4 Mrd. DM, die Vermögensverluste im Kosovo auf 14,6 Mrd. DM. Der Gesamtschaden (26 Mrd.) entspricht der Wirtschaftsleistung von 1998 (BIP = 28,3 Mrd.).

Nach einem Bericht einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen gibt es große ökologische Schäden infolge der NATO-Luftangriffe um die Städte Pančevo, Kragujevac, Novi Sad und Bor. Durch die Zerstörung von Chemieanlagen und Ölraffinerien sind Wasser, Luft und Boden stark belastet. Tausende von Tonnen Öl, Ammoniak, Schwermetalle (Blei) und Dioxine drangen in das Abwassersystem und gefährden das Grund- und Trinkwasser. Die Uno-Experten forderten die NATO auf, Angaben über den Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran zu machen, das schwach radioaktiv ist.

Nationalistischer Wahlkampf auf allen Seiten

Es ist klar, dass es sich angesichts der verheerenden Folgen des NATO-Angriffes kein Gegenkandidat des Präsidenten Milosevic leisten kann, offen pro-westlich aufzutreten. Es war daher ein geschicktes Manöver, dass sich die Opposition gegen Milosevic auf den Kandidaten Kostunica einigen konnte. Bis in diese Tage scheinen ihr die Umfrageergebnisse auch Recht zu geben. Kostunica führt da haushoch vor Milosevic. Dieser Kandidat wird aber auch den west-

lichen Regierungen einige Bauchschmerzen verursachen. Gerade erst ließ der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Serbischen Opposition (DOS) in einem Rundfunkinterview wissen, im Falle seines Wahlsieges werde er Milosevic durchaus nicht an das Haager UNO-Tribunal ausliefern, das den jugoslawischen Präsidenten als Kriegsverbrecher aburteilen will. Das Tribunal in Den Haag, disqualifiziere sich juristisch, „indem es zunehmend eine US-amerikanische Institution wird, weniger ein internationales Gericht“, sagte Kostunica. In einem früheren Interview hatte der promovierte Jurist erklärt, die USA trügen „mindestens ebenso viel Schuld an der Tragödie des serbischen Volkes wie Milosevic“. Überdies sei er, Kostunica, gegen jede Form von Revanche, auch gegenüber Milosevic.

Wenn nicht Revanche, so will der 56-jährige gebürtige Belgrader doch den Sieg über den scheinbar übermächtigen Präsidenten. Und was bei den Initiatoren des NATO-Krieges gegen Jugoslawien Befremden auslöst, lässt seine Chancen im eigenen Land wachsen: die energische Verurteilung der Bombenangriffe im letzten Jahr, die Ablehnung jeglicher Unterstützung der Opposition durch die USA, das Beharren auf den Interessen der Serben. Zumindest kann die Belgrader Regierung Kostunica angesichts dieser Positionen schwerlich als bezahlten NATO-Agenten anschwärzen.

Kostunica hat nicht einmal etwas dagegen, wenn man ihn einen serbischen Nationalisten nennt. „Ja, die serbischen Interessen liegen mir am Herzen“, bekennt er. Seine Entlassung als Universitätslehrer 1974 ging auf seinen Protest gegen die damalige Verfassung Jugoslawiens zurück, die Serbien seiner Meinung nach schadete, indem sie etwa den serbischen Gebieten Kosovo und Vojvodina faktisch die Rechte von Republiken gewährte.

1990 gehörte Kostunica, der nicht Mitglied des Bundes der Kommunisten war, zu den Gründern der Demokratischen Partei (DS) und wurde für sie ins serbische Parlament gewählt. 1992 trennte er sich jedoch von der DS und bildete die Serbische Demokratische Partei (DSS), deren Vorsitzender er bis heute ist. Zusammen mit einem guten Dutzend anderer Parteien schuf die DSS in diesem Sommer die Demokratische Serbische Opposition (DOS). Deren Wahlstab leitet der heutige DS-Vorsitzende Zoran Djindjic. Schon im Mai 1995 einigten sich Vojislav Seselj, Vuk Draskovic, Zoran Djindjic und Vojislav Kostunica namens ihrer Parteien auf ein Programm, das zusammengefasst lautet: Beseitigung jeder autonomen Sonderstellung Kosovos; Änderung der Bevölkerungsstruktur durch Ansiedlung von Serben; Ausbürgerung möglichst vieler Albaner und Geburtenkon-

trolle der albanischen Volksgruppe; politische Stärkung der serbischen Bevölkerung durch administrative Maßnahmen und gegebenenfalls Aberkennung des Status einer nationalen Minderheit.

Die Kosovo-Frage

Es ist daher klar, dass die Kosovo-Frage eine zentrale Rolle bei dem Präsidentschaftswahlen spielt. Die jugoslawische Regierung hatte auch angekündigt, dass die Wahlen selbstverständlich auch im Kosovo durchgeführt werden. Einen Monat später, am 28. Oktober, finden zudem noch Kommunalwahlen im Kosovo statt. Der Kosovo-Albaner-Politiker Ibrahim Rugova hat die Wahlpläne jugoslawischer Behörden im Kosovo verurteilt. Rugova bezeichnete es als Provokation, dass Jugoslawien die Parlaments- und Präsidentschaftswahl am 24. September auch in der südserbischen Provinz abhalten will, die seit dem Ende des Kosovo-Kriegs von der UNO verwaltet wird. Nach einem Treffen mit dem Chef der UNO-Verwaltung (UNMIK), Bernard Kouchner, in Pristina sagte Rugova, die UNMIK habe alle Entscheidungsrechte im Kosovo. Kouchner hat sich bisher nur in der Hinsicht geäußert, dass die UNMIK keinerlei Hilfestellung für die Wahlen leisten werde, öffentliche Einrichtungen können aber nicht für das Wahlprozedere genutzt werden. Tatsächlich wird aber von der UNMIK massiv auf den serbischen Teil der Kosovo-Bevölkerung Druck ausgeübt. Grundlegende Rechte werden in der Provinz, die weiterhin zur BRJ gehört, missachtet.

Die vertraglich vereinbarte Rückkehr von Angehörigen der jugoslawischen Armee und der Sicherheitskräfte wird nach wie vor verhindert, die Grenzen zu Albanien und Mazedonien sind nicht gesichert. In der Provinz halten sich etwa 250.000 nichtjugoslawische Bürger illegal auf. Dabei handelt es sich meistens um Kriminelle, Waffenschmuggler, Drogen- und Mädchenhändler. Gleichzeitig wurden bisher 360.000 Serben und andere Nichtalbaner vertrieben und werden immer noch an der Rückkehr in ihre Heimatorte gehindert. Offiziell begründet wird das Ganze damit, dass ihre persönliche Sicherheit nicht garantiert werden könne. In den letzten Wochen wurde die Situation noch dadurch verschärft, dass die Arbeit der einzigen serbisch-sprachigen Medien, die Zeitung „Jedinstvo“ und „Radio S“, durch die UNMIK verboten wurde. Bernard Kouchner hat außerdem dem Generaldirektor des Kombinars „Trepca“, Novak Bjelic, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) von Kosovo, Zivorad Igic, und weiteren rund 20 Funktionären der SPS den Aufenthalt in ihrer Heimat untersagt. Dagegen hat selbst der Serbische Nationalrat von Gracanica, der alles andere als SPS-freundlich ist, energisch protestiert.

hav



Im rumänischen Iasi kam es zu Protesten von Arbeitern, als sie von der Ermordung ihres Gewerkschaftsführers hörten. Einige 1000 Arbeiter des Trepo-Werkes in Iasi gingen auch auf die Straße, weil sie die Ermordung des Gewerkschafters Virgil Sahleanu mit der Privatisierung ihres Werkes in Verbindung brachten. 1998 wurde das Werk an die tschechische Firma Zelezarni Veseli AS verkauft. Seitdem haben die 1500 Arbeiter gegen die Streichung von Stellen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen angekämpft.

Del Ponte fordert rumänische Behörden zu Festnahmen auf

Die Chefanklägerin des Haager UNO-Kriegsverbrechertribunals, Carla Del Ponte, hat die rumänischen Behörden zur Festnahme mutmaßlicher jugoslawischer Kriegsverbrecher aufgefordert. Sie wies in der vergangenen Woche in Bukarest darauf hin, dass sich mehrere Verdächtige für kurze Zeit immer wieder in Rumänien aufhielten. „Diese Personen verstecken sich nicht“, betonte sie. Die Haftbefehle gegen die Gesuchten sollten „nicht nur auf dem von der Nato kontrollierten Gebiet vollstreckt werden, sondern auch in den Ländern, in denen sich diese Leute aufhalten“, sagte Del Ponte. Del Ponte war in Bukarest mit dem rumänischen Justizminister Valeriu Stoica und mit dem stellvertretenden rumänischen Generalstaatsanwalt Ion Ionescu zusammengetroffen. Mit Blick auf die Möglichkeit, dass Rumäniens Exkommunisten bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November wieder an die Macht kommen, sagte Del Ponte, sie hoffe selbst mit einer Regierung, die den Kosovo-Einsatz der Nato kritisiert habe, auf gute Zusammenarbeit.

Gemischte Leitung des Bergwerks Trepça

Die UN-Verwaltung in Kosovo, UNMIK, wird zwei Gremien gründen, die das Metall- und Industriekombinat Trepça im Norden Kosovos gleichzeitig verwalten sollen. Eines soll aus Kosovaren bestehen, das andere aus Vertretern eines internationalen Konsortiums. Vertreter der UNMIK wurden mit der Aussage zitiert, dass sowohl die albanische als auch die serbische Seite Namen von Personen vorgeschlagen hätten, die dem kosovarischen Verwaltungsorgan angehören sollen und laut UNMIK für beide Seiten akzeptabel sein sollen. Der internationale Teil der Verwaltung soll aus Mitgliedern amerikanischer, schwedischer und französischer Bergbauunternehmen bestehen, die dem ITT Kosova Consortium Ltd. angehören. ITT Kosova ist ein Joint Ven-

ture der französischen TEC-Ingenierie, der schwedischen Boliden Contech und Morrison Knudsen International aus den Vereinigten Staaten. Berichten zufolge hat die UNMIK bereits im früheren Verlauf dieses Monats eine Vereinbarung mit Vertretern des Konsortiums über den Beginn der Wiederherstellung des Kombinate unterzeichnet. Der ausgedehnte Trepça-Komplex in Mitrovica und weiter nördlich in Kosova besteht aus etwa 40 Bergwerken, in denen Gold, Silber, Blei, Zink und Kadmium gewonnen werden.

Nato nominiert Eurokorps als Krisenreaktionseinheit

Das Eurokorps soll möglicherweise eine der geplanten zwei neuen Krisenreaktionseinheiten der Nato werden. Das Eurokorps, das derzeit an der Spitze der internationalen Friedenstruppe KFOR im Kosovo steht, sei einer der Kandidaten, sagten am Donnerstag übereinstimmend Diplomaten und Militärs der Nato in Brüssel. Die Nato hatte im Mai beschlossen, künftig drei landgestützte Einheiten für kurzfristige Einsätze wie im Kosovo bereitzuhalten. Bislang verfügt die Nato nur über das Hauptquartier der schnellen Eingreiftruppe (ARRC) in Mönchengladbach. Die Armeeführer der Nato-Staaten wollen auf zwei Sitzungen im September über die Nominierung beraten. Eine Entscheidung wird nach Angaben aus der Nato aber frühestens beim Verteidigungsministertreffen des Bündnisses im Dezember erwartet. Neben dem Eurokorps stehen sieben weitere Bewerber zur Auswahl, darunter auch das deutsch-niederländische Korps sowie nationale Einheiten. „Das Eurokorps hat aber den Vorteil, multinational zu sein“, sagte ein Nato-Diplomat. Das Eurokorps, das nicht zum Bündnis gehört, kann dem Nato-Kommando unterstellt werden. Der Verbund kann sich auf insgesamt 60.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg stützen. Das Eurokorps soll bereits zu einer Krisenreaktionstruppe für die im Aufbau befindliche Militärpolitik der EU umgebaut werden.

Tudjman's Tochter droht Gerichtsprozess

Wegen angeblicher illegaler Geschäfte ermittelt die Polizei gegen Nevenka Tudjman Tochter des verstorbenen Präsidenten Franjo Tudjman. Das hat der Sprecher des Innenministeriums in Zagreb der Tageszeitung „Vercerni List“ gegenüber bestätigt. Die Tudjman-Tochter soll den Vorwürfen zufolge 300 000 Dollar erhalten haben, um im kroatischen Wissenschaftsministerium Einfluss auf den Kauf von Telefonanlagen des französischen Herstellers Alcatel zu nehmen. Die Familie ist mehrfach beschuldigt worden, sich in den Jahren der Herrschaft Tudjmans erheblich bereichert haben. Zuletzt sagte der neue kroatische Präsident Stipe Mesic in einem Interview: „Sie machten Profit wegen ihrer Positionen. Sie wurden Besitzer von Firmen und Fonds während der Privatisierungen, die sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit abspielten.“ Nevenka Tudjman bestreitet die Vorwürfe: „Die Beschuldigungen sind Produkt kranker Phantasien. Sie richten sich gegen den Ruf meines Vaters.“

Armee übt für Kosovo-Rückkehr

Die jugoslawische Armee hat am Freitag eine Manöverübung für eine Rückkehr in die von der UN verwaltete Provinz Kosovo begonnen. Die Übung „Rückkehr 2000“ werde bei Pirot im Osten Serbiens abgehalten, berichtete die Belgrader Nachrichtenagentur Beta. Das Kosmet-Regiment führe Manöver gegen das Dritte Armee Korps und Einheiten des serbischen Innenministeriums. Pirot liegt in sicherer Distanz zu der Verwaltungsgrenze des Kosovo. Der Generalstabschef Nebojsa Pavkovic sagte, das Kosmet-Regiment sei bereit, nach Kosovo zurückzukehren. Er nannte die UNO-Resolution und das militärisch-technische Abkommen mit der Nato als Grundlage.

Wüstenrot erobert Osteuropa

Der Finanzdienstleistungskonzern Wüstenrot & Württembergische (W&W) forciert die Ostexpansion. Bereits vor 7 Jahren setzte er sich mit einer Bausparkasse in Tschechien fest, danach in der Slowakei, seit 1996 in Ungarn und seit jüngstem in Kroatien. Entsprechende Bauspargesetze waren Voraussetzung, die die Regierungen erfüllten. In Polen gestaltet sich das Bauspargeschäft etwas schwieriger, zwar gibt es auch dort ein Bauspargesetz, das die Regierung jedoch erst einmal auf Eis legte. Hier fasste W&W vorerst im Lebensversicherungsgeschäft Fuß, das unter anderem auch deshalb besonders lukrativ ist, weil in Polen bereits durchgesetzt ist, dass die Rente wesentlich über den Kapitalmarkt finanziert wird.

(Zusammenstellung: hav)

BONN. Demonstration am 21. September in Bonn. Afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Flüchtlinge sowie Flüchtlingsorganisationen rufen zur Demonstration gegen Botschaftsanhörungen am 21. September vor den Botschaften in Bonn auf. In ihrem Aufruf heißt es: „Einziges Ziel (der Botschaftsanhörungen) ist die Ausstellung von „Heimreisedokumenten“. Dabei spielen weder die jeweilige Ländersituation noch die Flüchtlingsgründe eine Rolle. Bei einer Delegationsreise von VertreterInnen der Bundestagsfraktionen im letzten Jahr nach Westafrika wurde den afrikanischen Behörden der deutsche Standpunkt bezüglich Flucht und Migration verdeutlicht: Deutschland betrachtet Flucht und Migration aus Afrika grundsätzlich als wirtschaftlich begründet, unerwünscht und kriminell. Die Regierungen der Länder werden aufgefordert, Flucht und Migration mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Deutschland bietet logistische und finanzielle Unterstützung im Ausbau von Polizei- und Kontrollwesen, bei ablehnender Haltung wird mit Wirtschaftssanktionen gedroht.“ – In Hamburg (PB 8, 11/00) und in anderen Bundesländern, z.B. in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, haben in den letzten Monaten rechtswidrige Botschaftsanhörungen stattgefunden. Flüchtlinge aus ganz Deutschland haben sich deshalb entschieden, gegen diese Kollaboration ihrer Botschaften mit deutschen Abschiebebehörden zu protestieren.



200 Asylbewerber im Hungerstreik gegen ihre doppelte Isolation

ZELLA-MEHLIS. Den Hungerstreik wollen sie so lange durchhalten, bis es ein Gespräch mit einem Vertreter des Landratsamtes und eine neue Lösung für ihre Einkaufsmöglichkeiten gibt. Der Hintergrund für diese Aktion ist der vom toom-Markt aufgekündigte Vertrag, in dem der Einkauf der Asylbewerber mit Gutscheinen geregelt wurde. Seit dem 1. September sind die Asylbewerber somit allein auf die Einkaufsstätte in ihrem Heim angewiesen. Doch hier sind die Preise zu hoch und die Qualität zu schlecht. Zudem sehen sich die Asylbewerber in einer doppelten Isolation – Unterbringung und Versorgung. Eine Frau aus Armenien forderte, unter normalen Bedingungen einkaufen zu wollen, schließlich seien sie normale Menschen. Lothar Büttner, Sozialamtschef im Landratsamt räumte ein, dass die Preise im Wohnheim zwischen 8% und 15% über den toom-Markt-Preisen lägen. Am 7. September gab es deshalb ein Gespräch mit dem Betreiber der Einkaufsstätte. Zudem laufen über den Landkreistag thüringenweit Verhandlungen, den Einkauf für Asylbewerber über ein Chip-Kartensystem zu ermöglichen, für das dann eine Reihe von Geschäften unter Vertrag genommen werden sollen. www.japs-jena.de

Demonstration am 16.9. für die im Kirchenasyl lebende Familie Manaz

KREFELD. Für den 16. September, 13 Uhr, Bahnhofsvorplatz, rufen verschiedene antifaschistische Gruppen, aber auch Parteien wie die PDS und DKP sowie die Ratsfraktion von B90/Die Grünen, JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg oder die Fachschaft Philosophie der Uni Aachen u.v.a. zu einer überregionalen Demonstration auf. Kein Thema be-

herrscht zur Zeit die Krefelder Medien so wie das Schicksal von Sultan Manaz und ihrer fünf Kinder, die sich nur durch die Flucht ins Kirchenasyl der Alt-Katholischen Gemeinde Krefeld der Abschiebung entziehen konnten. Dieter Pützhofen, Oberbürgermeister der Stadt zeigte sein wahres Gesicht schon vor zwei Jahren beim Fall des Kurden Ali Kilic, für dessen Bleiberecht sich damals der Petitionsausschuss des Landtages ausgesprochen hatte. Er ließ sich mit den Worten zitieren: „Der Empfehlung des Petitionsausschusses kann auf keinen Fall gefolgt werden. Die Aufenthaltsbeendigung wird durch mich eingeleitet.“ Fabel, Sprecher der CDU-Fraktion im Stadtrat, verkündet, dass die Stadt auf jeden Fall die sich in Deutschland „illegal“ aufhaltenden Asylbewerber abschieben will, ohne dabei den Einzelfall nachzuprüfen. Sein Parteifreund, Ordnungsreferent Gansauer, rühmt sich, „dass die Erfolgsquote (bei abgelehnten AsylbewerberInnen) der Stadt vor Gericht bei über 95%“ liege. Die Demonstration fordert ein Bleiberecht. www.jungdemokratinnen.de

PostlerInnen flechten ein Band der Gemeinsamkeit gegen Rassismus

MÜNCHEN. Unter dem Motto „Kollegial & international – PostlerInnen flechten ein Band der Gemeinsamkeit“ führte die



Deutsche Postgewerkschaft eine Veranstaltung für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit durch. Nach gewerkschaftlichen Reden, die das kollegiale Miteinander herausstellten, legten die ca. 150 TeilnehmerInnen aus der Briefniederlassung München ein symbolisches Band um die Post, das aus vielen Nationalflaggen geflochten war (Bild). *mlb*

Abschiebung wegen Weigerung des Flugkapitäns vereitelt

FRANKFURT/MAIN. Claus Metz, Arzt und seit vielen Jahren im Arbeitskreis Flüchtlinge und Asyl der IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung tätig, machte in einer Mitteilung an die Presse vom 3. September auf einen weiteren skrupellosen Abschiebeversuch durch BGS-Beamte am Frankfurter Flughafen aufmerksam.

Die gewaltsame Abschiebung einer vierköpfigen, aus politischen Gründen aus dem Iran geflohenen Familie konnte nur deshalb nicht durchgesetzt werden, weil sich der Flugkapitän der Maschine der Middle-East-Airline geweigert hatte, die Flüchtlinge zu transportieren.

Die iranische Familie war sechs Wochen lang im Flughafenbereich interniert gewesen. Als Metz durch zwei exiliranische Betreuerinnen und die Flüchtlinge selbst von psychischen Krisenreaktionen und Suizid-Äußerungen Kenntnis erhielt, informierte er sofort den zuständigen BGS-Arzt, der den Hinweis auch in der Krankenakte vermerkte. Als Metz dann später nach dem Abschiebeversuch mit den Familienmitgliedern im Besucherraum der Flüchtlingsunterkunft sprach, gaben sie an, dass der Arzt sie in keiner Weise untersucht und befragt habe. Er habe sogar ungefragt gegenüber dem Flugkapitän erklärt, dass keine gesundheitlichen Bedenken bestünden und die Flüchtlinge freiwillig ausreisen würden. Als der Familienvater laut protestierte

ren wollte, hätten vier BGS-Beamte von hinten seinen Hals, seine Arme und seinen Kopf gepackt und ihm gewaltsam so zugesetzt, dass er kaum noch atmen konnte. Der BGS-Arzt habe die Miss-handlungen geschehen lassen, ohne einzugreifen. Claus Metz hat den Menschenrechtsbeauftragten der Landesärztekammer über den ungeheuerlichen Vorgang informiert. Der sicherte ihm zu, der Sache nachzugehen.“ *PM Claus Metz, ola*

Der etwas andere Lufthansa-Welt-partnertag auf der Expo

HANNOVER. Wahrscheinlich hätten die meisten Expo-BesucherInnen schlichtweg die Lufthansa und ihren Partnertag übersehen, wären sie nicht abends am Eingang von einer Gruppe nett in blau-orange gekleideter Damen und Herren begrüßt worden. Mit freundlichem Lächeln wurden den BesucherInnen Plastiktüten im Lufthansa-Design in die Hand gedrückt mit „Informationsmaterial über die Lufthansa“ darin. Dass auf den Plastiktüten eine „deportation class“ beworben wurde und sich in den Tüten Kampagnenzeitung, „Sicherheitsausweise“, eine Presseerklärung des Niedersächsischen Flüchtlingsrates und ein Proasyl-Flyer befanden, merkten die wenigsten gleich – umso erstaunter dürften die meisten daheim beim Auspacken gewesen sein. Nach eineinhalb Stunden – ca. 2500 Tüten waren verteilt – kamen zwei Herren von der Lufthansa. Sie versuchten, uns das Verteilen der Tüten zu verbieten, was ihnen aber mangels Kompetenz nicht gelang, und auch den expo-Sicherheitsdienst konnten sie nicht gleich zum Einschreiten überreden. Anerkennen mußten die Lufthansa-Herren aber doch den Witz und die Professionalität der Aktion. Und dass wir mehr Aufwand betreiben würden für den Partnertag als sie, gab der eine, der aus der Presseabteilung war, unumwunden zu. Geärgert hat es sie trotzdem sichtlich. Es war eine schöne Aktion mit guter Zusammenarbeit zwischen dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und *kein mensch ist illegal*-AktivistInnen aus Göttingen, Hannover und München. *partisan.net*

Keinen revanistischen und rechts-lastigen „Tag der Heimat“!

DÜREN. So lautete eine der Parolen zur Demonstration am 9. September in Düren. Weitere waren: „Unantastbarkeit der europäischen Nachkriegsgrenzen! Keine finanzielle Förderung des BdV durch den Staat! Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen sowie ihrer Propaganda! Toleranz und Menschlichkeit für alle hier lebenden Menschen! Keine fremdenfeindlichen Gesetze! Keine Abschiebungen! Bleiberecht für alle!“ Aufgerufen hatten antifaschistische Gruppen, die Jusos Düren, JungdemokratInnen/Junge Linke, PDS, DKP, VVN-BdA u.a. Sie richtete sich gegen die Ver-

anstaltung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), auf der der stellv. Landesvors. des BdV Düsseldorf, Rüdiger Goldmann, die Festrede hielt. Er ist Mitglied der CDU und gehörte dem Düsseldorfer Landtag von 1985-1990 an. Seit 1965 ist er Mitglied und Funktionär im neofaschistisch beeinflussten „Witikobund“. Auf der Demonstration sprach Kurt Heiler von der VVN Aachen: „Erklärungen und Resolutionen gegen Faschismus, die jetzt überall gemacht werden, zeichnen ein falsches Bild. Da unterschreiben Leute, die sonst faschistische Äußerungen machen oder gemacht haben.“ Da mache auch Düren keine Ausnahme. Es gebe zwar eine „Resolution gegen Rechts“, einstimmig verabschiedet im Stadtrat. „Doch ein großer Teil von denen“, so Kurt Heiler, „sitzt nachher beim Bund der Vertriebenen.“ Und so war es denn auch. Auf der Gedenkfeier erschienen viele CDU-Politiker. Ihr Weg in den Festsaal war beschwerlich, da sich über 100 Demonstranten vor dem Veranstaltungshotel versammelt hatten, die von einer Unmenge Polizisten beobachtet wurden.

www.antifa-dueren.de, az 11.9.



Aktionstag für Atomausstieg am 23. September in Gorleben

GORLEBEN. In dem Aufruf der Anti-Atom-Initiativen heißt es: „Viele Menschen fühlen sich schlicht verarscht von der Atompolitik der Bundesregierung. Und selbst diejenigen, die sagen, mehr war in den Verhandlungen nicht drin, wissen genau, dass die jetzt beschlossene langjährige Aufrechterhaltung der Atom-Risiken nicht verantwortbar ist. Vielleicht sind wir viel zu lange leise gewesen. Längst ist es Zeit, uns wieder hörbar zu machen: es gibt uns noch. Auch wenn es gerade nicht danach aussieht: der Widerstand lässt sich nicht unterkriegen. Unsere Sache müssen wir in die eigenen Hände nehmen! Einmal mehr hat uns das der „Konsens“ vor Augen geführt. Wir rufen auf zu einem Aktionstag „Ausstieg? – alles Lüge!“ am 23. September in Gorleben auf. Demonstrieren wir gemeinsam gegen die weitere Bedrohung durch die Atomkraft: für eine sofortige

Stilllegung aller Atomanlagen! ... So wie die Atommafia ihre Interessen zementiert, werden auch wir deutlich machen, dass unser Widerstand fest und dauerhaft ist.“ *www.bi-luechow-dannenberg.de*

Staatsanwaltschaft legt Berufung ein gegen Freispruch Tobias Pflüger

TÜBINGEN. Tobias Pflüger, Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., war am 28. Juni 2000 vom Vorwurf des strafbaren Aufrufs zur Fahnenflucht im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg vom Amtsgericht Tübingen freigesprochen worden. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Tübingen nun Rechtsmittel ein, ohne dieses bisher genau zu begründen. Tobias Pflüger erklärt dazu: „Die Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft wird von Tag zu Tag unhaltbarer, da immer mehr Informationen über den NATO-Krieg Stück für Stück herauskommen. Die Mär von „Luftschlägen zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe“ glaubt ohnehin niemand mehr, der/die sich seriös mit dem Thema auseinandersetzt.“

www.imi-online.de

Weltweiter Protest gegen Nationales Raketenabwehrsystem der USA

BERLIN. Ein weltweites Netzwerk von 300 Organisationen und Persönlichkeiten aus Friedensbewegung und -forschung hat sich an die USA und Regierungsvertreter führender Länder gewendet, um das Ende der US-amerikanischen Option auf ein Nationales Raketenabwehrsystem (NMD) zu verlangen. In Deutschland unterstützen die *Internationalen Ärzte* die Kritik. Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin der IPPNW, erklärte in Berlin: „Präsident Clintons Erklärung, die Entscheidung seinem Nachfolger zu überlassen bedeutet nur: aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Nach wie vor sind die USA bereit, nicht nur gegen bestehende Rüstungskontrollverträge zu verstoßen, sondern auch einen atomaren Rüstungswetlauf anzuzetteln.“ Am 5. September erklärte der Pentagon-Sprecher für das NMD-Projekt, dass der nächste Raketen test zwar verschoben werde, dass das Programm aber ganz sicher im Januar fortgeführt werde.

Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space ruft für den 7. Oktober zu einem weltweiten Aktionstag auf. „Bitte macht lokale Aktionen an Militärbasen, Weltraumeinrichtungen, US-Botschaften, an Laboratorien der Militär- und Weltraumindustrie, akademischen Einrichtungen, die an der Militarisierung des Weltraums arbeiten.“

Die *Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen* leitet diesen Aufruf weiter. Sie plant „Lobby-Aktionen“ bei den Bundestagsabgeordneten vor Ort, in Berlin, in den Ministerien und Botschaften, außerdem will sie für Anzeigen in FR, SZ, taz Spenden sammeln. *www.dfg-vk.de*

Kommunales Soforthilfeprogramm in Köln

Die Kommunalparlamente von München und Köln haben in Sachen Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gute und richtungsweisende Beschlüsse gefasst, die für andere Kommunen ebenfalls angewandt werden könnten.

Bereits vor einem Jahr hat der Stadtrat von München ein 3 Mio. DM Projekt für ein kommunales Entschädigungsprogramm beschlossen (siehe PB Nr. 16/00). Dieses Programm sieht nicht nur eine Beteiligung am zentralen Entschädigungsfonds vor, sondern auch ein Soforthilfeprogramm für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Städtepartnerschaft Kiew. Im Juli haben Vertreter der Münchener Stadtverwaltung in Kiew den ersten Zwangsarbeitern 1200 DM in bar ausbezahlt. Eine ehemalige Zwangsarbeiterin erklärte gegenüber der *Süd-deutschen Zeitung*: „Erst einmal freue ich mich und bin sehr dankbar. Denn von dem Geld kann ich jetzt Nahrungsmittel und Medikamente kaufen. Es ist das dreifach meiner Jahresrente – eine ganz, ganz große Hilfe.“ (SZ 22.7.2000)

Diskussion im Kölner Stadtrat

In Kenntnis des Münchener Modell brachte die PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln im Oktober letzten Jahres eine Anfrage ein, wieviel Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Stadt Köln bzw. deren städtische Betriebe beschäftigt hatten. Damit schob sie die Diskussion im Rat an. Die Antwort war eindeutig, es waren auf jeden Fall über 600 städtische Zwangsarbeiter, die von den ca. 30 000 Zwangsarbeitern in Köln nachgewiesen werden konnten. Daraufhin brachte die SPD einen Antrag ein, dass sich die städtischen Betriebe doch an dem zentralen Entschädigungsfonds beteiligen sollten. Die CDU signalisierte Unterstützung. Die PDS-Ratsgruppe brachte daraufhin einen Änderungsantrag ein, der ein örtliches Sozialhilfeprogramm forderte. Die Grünen unterstützten den Antrag. Die SPD lehnte den Antrag ab, weil sie befürchteten, dass die CDU, die zusammen mit der FDP die Mehrheit hat, dann ganz ablehnend reagieren würde. Damit war klar, der Antrag der PDS Offenen Liste wurde abgelehnt, die Beteiligung der städtischen Betriebe am Fonds beschlossen.

Das ganze Thema

stieß in der Öffentlichkeit auf großes Interesse, weil Köln eine der wenigen Städte in der Bundesrepublik ist, die seit vielen Jahren jedes Jahr eine Delegation von Zwangsarbeitern einlädt. Das hat auch dazu beigetragen, dass in der Kölner Philharmonie ein große Veranstaltung zu Ehren der Zwangsarbeiter stattfand, an der sich viele bekannte Künstler beteiligten, darunter auch bekannte WDR-Kabarettisten und die AG Arsch huh, aber auch die VVN/BdA und die Projektgruppe Messelager. Der verstorbene CDU-Oberbürgermeister Blum war Schirmherr. 100 000 DM kamen zusammen, 50 000 DM für die Informationsstelle für Beratung von NS-Opfern, die auch ihren Sitz in Köln hat, den Rest erhielt das NS-Dokumentationszentrum.

Das Kölner Modell

Der Gedanke für ein örtliches Soforthilfeprogramm wurde aber nicht fallen gelassen. Die Projektgruppe Messelager brachte das Thema erneut in die Diskussion. Alle Ratsparteien, außer den Republikanern, wurden zu einer Diskussion eingeladen. Nach der Diskussion unterbreitete die Projektgruppe im Sommer ein 5-Jahres-Programm in einem Volumen von 1,86 Mio. DM.

In der Zwischenzeit erklärte die Bundesregierung, dass sie alleine die 5 Mrd. DM für die staatlichen Mittel aufbringen werde. Die PDS-Ratsgruppe wandte sich sofort an die Stadtverwaltung und schlug vor, das Verfahren neu zu überdenken. Die Städtischen Betriebe sollten auf keinen Fall für die fehlenden Gelder der Industrie aufkommen, sondern entweder eine Zustiftung in den zentralen Fonds leisten oder ein örtliches Soforthilfeprogramm auflegen und/oder aber über eine Mischung von beidem

nachdenken. Daraufhin beriet sich die Stadtverwaltung mit den städtischen Aufsichtsräten und man vereinbarte, dass die 3,1 Mio. DM der städtischen Betriebe eine „Zustiftung“ zum zentralen Entschädigungsfonds werden soll und schlug dem Rat der Stadt ein örtliches Programm von 1,438 Mio. DM in einem Zeitraum von 5 Jahren vor. Dabei wurde ein Teil der Vorschläge der Projektgruppe Messelager eingezogen. Aber anders gewichtet: Kern des Programms ist die Ausweitung des Besucherprogramms jährlich mit 200 000 DM. Damit wird man Zwangsarbeiter, die Köln besuchen, auch eine medizinische Soforthilfe leisten können, auch wenn es in der Ratsvorlage nicht unmittelbar drinsteht. Dazu kommt noch ein wissenschaftlicher Angestellter über zwei Jahre, der das Programm begleiten soll.

Bündnis 90/Die Grünen griffen nun auch engagiert in die Diskussion ein und forderten zusätzlich 200 000 DM für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit der Städtepartnerschaft Wolgograd, so wie es die Projektgruppe Messelager in ihrem Programm hatte. Die CDU konnte schlecht Nein sagen, hofft sie doch auf grüne Wählerstimmen bei den stattfindenden OB-Wahlen.

Mit den 200 000 DM wird Köln nur eine geringe Soforthilfe in Wolgograd leisten können, kein Vergleich mit München. Aber die drei Zwangsarbeitergruppen in Wolgograd können das Geld für dringende Fälle gut einsetzen. PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen wies in der Ratsdebatte darauf hin, dass z.B. die Zwangsarbeiter, die in Landwirtschaft eingesetzt wurden, gar nicht unter das zentrale Entschädigungsprogramm fallen, und dass diesen Menschen auch geholfen werden müßte. Auch deshalb sind die 200 000 DM für Soforthilfemaßnahmen ein

wichtiger Beitrag.

Auf Einladung des Rates der Stadt Köln besuchen Mitte September ehemalige Zwangsarbeiter, die bei der Reichsbahn in Köln gearbeitet haben die Stadt. Diesen Menschen kann das Kölner Projekt jetzt vorgestellt werden. Ein kleiner Erfolg – aber um viele Jahre zu spät!

Jörg Detjen



Seit 1990 lädt die Stadt Köln Zwangsarbeiter ein. Dabei wurden den Zwangsarbeitern auch individuell von der Projektgruppe Messelager geholfen. Hier ein Bild aus dem Jahre 1996, auf dem sich eine ehemalige Zwangsarbeiterin beim Besuch in Köln eine Brille aussucht.

Infos: www.pds-koeln.de

Literatur: Fings, Karola: Begnungen am Tatort, Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden.

Partigiani

**Gegen Faschismus und deutsche Besatzung –
Der Widerstand in Italien**

**Eine Ausstellung der Institute für Widerstand und
Zeitgeschichte Modena, Parma, Reggio Emilia**

**im Bahnhof Langendreer, Bochum,
Wallbaumweg 108**

8. bis 29. September 2000

Zum historischen Hintergrund

... Wer weiß hier schon, dass die deutsche Wehrmacht und die SS während der Besetzung Italiens von 1943 bis 1945 einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung dieses Landes führte?

Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war das faschistische Italien zunächst eng mit Deutschland verbündet. Mit dem Kriegseintritt Mussolinis an der Seite Hitlers im Jahr 1940 formierte sich in Italien der Widerstand. Nach der Landung der Alliierten in Sizilien zerbröckelte das Regime Mussolinis, der 1943 gestürzt und gefangengesetzt wurde. Die Niederlage vor Augen und ein kriegsmüdes Volk im Rücken, unterzeichnete die neue italienische Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten. Anschließend flieht sie auf alliiertes Gebiet, während die deutsche Wehrmacht die restlichen Gebiete Italiens besetzt und Mussolini befreit, der von Hitler als Chef der faschistischen



Marionettenregierung von Saló eingesetzt wird.

In den Jahren der deutschen Besatzung deportierten und ermordeten die Nationalsozialisten tausende italienischer Juden in Konzentrationslagern. Viele Mitglieder der zentralisierten Widerstandsbewegung traf das gleiche Schicksal. Die Deutschen verschleppten hunderttausende von italienischen Soldaten, die nicht auf ihrer Seite kämpfen wollten, und Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Deutschland.

Vor diesem Hintergrund entwickelte

sich in den besetzten Gebieten Italiens eine breite antifaschistische Streik- und PartisanInnenbewegung, die sich sowohl gegen Mussolinis Faschisten als auch gegen die deutsche Besatzungsmacht richtete. Diese reagierten mit blutigen Repressionen, wobei die Terrormaßnahmen der deutschen Wehrmacht zunehmend grausamer wurden: Geislerschießungen, Massaker an der Bevölkerung ganzer Weiler und Dörfer und deren Zerstörung waren an der Tagesordnung. Ihre Opfer waren Alte, Frauen und Männer, Kinder, gerade geborene und ungeborene Babys – die deutsche Mordlust machte vor keinem menschlichen Wesen halt.

Im April 1945 wurde Mussolini von Partisanen festgenommen und auf Befehl des Befreiungskomitees Oberitalien erschossen. Am 2. Mai 1945 kapitulierten die deutschen Truppen in Italien.

Zur Ausstellung

Die Ausstellung will informieren und zur Auseinandersetzung mit der faschistischen und nationalsozialistischen Vergangenheit anregen. Sie soll aber auch mit den Frauen und Männern bekanntmachen, denen es gelang, inmitten gebrüllter Befehle die Stimme des eigenen Gewissens zu hören und entsprechend zu handeln.

Die Ausstellung besteht aus insgesamt 54 Bild- und Texttafeln. Diese zeigen einen Überblick zur Entwicklung des Faschismus in Italien und der Okkupation durch Hitler-Deutschland. Vor allem aber dokumentieren sie die verschiedenen Aspekte des Widerstandes, der Resistenza, die von hunderttausenden von Italienerinnen und Italienern unterstützt wurde: u. a. die PartisanInnenkämpfe in den Bergen, der Widerstand in den norditalienischen Städten und den ländlichen Gebieten, Guerillakrieg, Frauen in der Resistenza, Einzelbiografien, Massaker der Nazifaschisten an der Zivilbevölkerung, Wehrmachtsdeserteure, die Befreiung und Aufarbeitung nach 1945. •

Deutsche AntifaschistInnen in der französischen Résistance Ausstellungen in Waldkirch und Sélestat

Über dieses Kapitel des internationalistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus für die Befreiung Frankreichs, ist bisher in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Über 1000 deutsche AntifaschistInnen kämpften in der Résistance. Zwei der Widerstandskämpfer kamen aus Waldkirch, was den Arbeitskreis Widerstand und Arbeitergeschichte veranlasst hat, die Ausstellung der DRAFT (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung

„Freies Deutschland“ e.V.) über die „Deutschen in der französischen Résistance“ nach Waldkirch zu holen und ein



Rahmenprogramm zu organisieren (siehe Kasten). Es ist gelungen den Waldkircher Bürgermeister und den Bürgermeister von Sélestat, der französischen Partnerstadt von Waldkirch, zu gewinnen, so dass parallel die Ausstellung in französischer Sprache im Centre de droit de l'homme in Sélestat gezeigt wird, getragen von der ANACR (ASSOCIATION NATIONALE DES ANCIEN COMBATTANTS DE LA RESISTANCE).

„Die Deutschen in der französischen Résistance“

Ausstellungseröffnung in Waldkirch im Rathaus, 12. Oktober, durch Bürgermeister Richard Leibinger, Bürgermeister Pierre Giersch sowie Kurt Hälker und Hans Heisel (DRAFT).

Die Ausstellung läuft bis 3. November und ist zu den Öffnungszeiten des Waldkircher Rathauses zu sehen.

Ausstellungseröffnung in Frankreich

„Les allemands dans la résistance française“

Sélestat, Centre de droit de l'homme, 13. Oktober, durch Bürgermeister Pierre Giersch, Bürgermeister Richard Leibinger und Roland Netter (ANAC).

Die Ausstellung in französischer Sprache läuft bis 3. November.

PARTIGIANI. Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien. 8. - 29. Sept. 2000 Bahnhof Langendreer, Kinocafe und Raum 6. Eintritt frei

Geöffnet: Sonntags bis dienstags von 16 bis 22 Uhr, mittwochs bis samstags von 19.30 bis 22 Uhr. Zu anderen Zeiten auf Anfrage. Führungen von Gruppen nach Vereinbarung.

Auskünfte: Bahnhof Langendreer, Telefon 0234 - 26612., Dagmar Wolf

Eine Veranstaltung in Kooperation von: Bahnhof Langendreer, ASTA der RUB, Bildungswerk der Humanistischen Union e.V. Essen, VHS Bochum, Friedensplenum BO, Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) Bochum

Finanziell gefördert von: Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Die Grünen, KV BO

Verantwortlich für Konzept und Redaktion: Volker Gerwers, Marianne Wienemann



Stuttgart

„Initiative gegen rechts“ ladet ein

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, über Jahre hinweg handelte die große Mehrheit der Medien und der bürgerlichen Parteien in Bezug auf den wachsenden Neofaschismus und Rassismus wie die drei wohlbekannten Affen: Schlimmer noch - insbesondere die Unionsparteien aber auch Teile der Sozialdemokratie betätigten sich als Stichwortgeber für Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus (z.B. Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“; die faktische Abschaffung des Asylrechts durch die Unionsparteien und Teile der SPD, die Reduzierung ausländischer Menschen auf Produktions- und Standortfaktoren (siehe aktuelle Diskussion); die Unterschriftenaktion der Unionsparteien gegen die doppelte Staatsbürgerschaft; Gerhard Schröder 1997: wer als krimineller Ausländer das Gastrecht in Deutschland missbrauche, „für den gibt es nur eins:

raus und zwar schnell“).

Seit einigen Wochen jedoch scheint der zumeist heuchlerische rein verbale Aktionismus gegen Rechts in diesen politischen Kreisen Konjunktur zu haben. Da drängt sich der Verdacht auf, den politischen Akteuren geht es nicht um die betroffenen, geschundenen Menschen, sondern um die politische und vor allem ökonomische Reputation im industriellen Ausland.

Um diesem Unterfangen entgegenzutreten und den Anstoß für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus und Rassismus zu geben, haben die Unterzeichner dieser Einladung den Entschluss gefasst, eine Stuttgarter Initiative gegen Rechts ins Leben zu rufen. Ziel dieses Vorhabens ist die Schaffung einer breiten Plattform für gesellschaftskritisch und antifaschistisch denkende und handelnde Menschen. Mit Hilfe einer Plattform können u.a. konkrete Aktions-

maßnahmen für Opfer neofaschistischer und rassistischer Gewalt und die Verankerung einer längerfristig wirksamen Bildungsarbeit koordiniert werden.

Zur Belebung der Stuttgarter Initiative gegen Rechts schlagen wir vor, sich am 11. September um 18.30 Uhr zu einer ersten Arbeitssitzung einzufinden.

Hierzu eingeladen sind alle, denen ein couragiertes und nachhaltiges Engagement gegen Neofaschismus und Rassismus am Herzen liegt.

Im Rahmen der Sitzung sollen die Arbeitsweise der Initiative erörtert und thematische Schwerpunkte gelegt werden. Mögliche Schwerpunkte können u.a. sein:

- Verbreiterung dieser Einladung zu einem Aufruf an alle Interessierten;
- Organisation einer Bildungsreihe zu den Ursachen des Neofaschismus und Rassismus und den möglichen Widerstandsformen;
- Planung einer Kampagne gegen die REPs anlässlich der Landtagswahl 2001;
- Analyse des Neofaschismus und Formen des Rassismus in der Region Stuttgart.

Mit solidarischen Grüßen, Bernd Riexinger (hbu), Bernd Mugele (VVN-BdA), Wolfgang Haible (IG Medien), Martin Gansen (GEW), Theodor Bergmann



nung, da der aktuelle Anlass zur Zusammenarbeit die Sorge über den zunehmenden Nazi-Terror ist. Der Vertreter von Regenbogen, Norbert Hackbusch, sprach sich demgegenüber prinzipiell gegen eine Ausgrenzung der „linken“ Initiativen und Bündnisse aus.

Bei den handlungsorientierten Vorschlägen wurde mehrfach der Wunsch nach einer „Bürgerversammlung“ auf dem Rathausmarkt laut, mehrere RednerInnen schlugen eine Plakataktion mit eigenem Logo vor. Ein Vorschlag war, das in Elmshorn und dem Kreis Pinneberg bereits erfolgreiche Bündnis- und Plakatmodell zu übernehmen. Auf jeden Fall will man sich – spätestens im November – wieder zusammensetzen.

C. Kerth (stellv. Landesvorsitz. der VVN-BdA)

Hamburg

Ratschlag gegen Rechtsextremismus

Am 1. September tagte auf Einladung des DGB erstmals ein „Hamburger Ratschlag für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus und Gewalt“. VertreterInnen der Einzelgewerkschaften, der Bürgerschaftsfraktionen, von Kirchen, Arbeitgeberverbänden und Arbeitsloseninitiativen, DGB-Jugend und SchülerInnenkammer, der Jüdischen Gemeinde und der VVN-BdA stellten ihre Aktivitäten zum Thema vor und machten Vorschläge zum gemeinsamen Handeln.

Grundlage dafür ist eine vom DGB vorgeschlagene Erklärung, der nach redaktioneller Überarbeitung alle Anwesenden zustimmten. Darin wird festgestellt:

„Rechtsextremismus darf auch in Hamburg keine Chance haben“. Die TeilnehmerInnen verpflichten sich zum Einsatz „für die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit aller Menschen, für Toleranz und kulturelle Vielfalt und für ein friedliches Zusammenleben vieler unterschiedlicher Menschen“.

Es soll in den Institutionen darüber gesprochen werden, was zusätzlich „für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ getan werden kann. Der ebenfalls anwesende Vertreter der Bundeswehrverbandes wollte „jede Form von Radikalismus“ verurteilen, stieß damit jedoch auf einhellige Ableh-

Schröder verspricht was

Die Fronten in Sachen Ladenschluss bleiben weiter unübersichtlich. Nachdem die Wirtschaftsstaatssekretäre sämtlicher Bundesländern vor zwei Wochen einen Schlag gegen das Ladenschlussgesetz geführt hatten, sagte nun der Sozialexperte der SPD-Fraktion Ostertag gegenüber der Presse, er sehe keinen Handlungsbedarf in dieser Legislaturperiode oder gar in diesem Jahr. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Staffelt setzte sich allerdings für eine Gesetzesänderung in den nächsten Monaten ein. Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Grünen, erklärte wiederum, wenn man das Ladenschlussgesetz nicht bald reformiere, werde es irgendwann nicht mehr zu halten sein. Baden-Württembergs MP Teufel warf Schröder faule Kompromisse beim Ladenschluss vor, Schröder mache da einen Kuhhandel mit den Gewerkschaften um den Zustimmung zur Rentenreform einzuhandeln. MP Stoiber aus Bayern allerdings weist darauf hin, eine generelle Verlängerung an Werktagen auf 22 Uhr würde mittelständische Betriebe in Bayern und Deutschland in eine existenzielle Krise führen. – Nachdem durch die Presse gegangen war, Schröder habe den Gewerkschaften versprochen, die Debatte um die Ladenschlusszeiten zu beenden, heisst es jetzt aus Regierungskreisen, man habe nichts versprochen, sondern lediglich erklärt, dass die Regierung keine Initiative ergreifen werden. Hat Schröder nun etwas versprochen oder hat er sich bloß versprochen?

Längere Öffnungszeiten – Kurzes Gedächtnis:

Auch an die Folgen denken

Eine Veröffentlichung der hbv aus Stuttgart

Die unterschiedlichen Vertriebsformen und Standorte des Einzelhandels kämpfen zur Zeit massiv um Marktanteile. Konkurrenz wird über den Preis organisiert. Die Erträge rutschen. In jeder besseren Tageszeitung kann man darüber lesen.

Dieser Preisdruck wird an die Beschäftigten, das sind überwiegend Frau-

Abwasserversorgung STUTTGART. Die ÖTV lehnt die Privatisierung der Abwasserversorgung ab. Dies sei teuer, aber nicht leistungsfähiger, stellt der Bezirksvorsitzende Wohlfart zu entsprechenden Plänen der Landesregierung fest. Er erinnerte an Erfahrungen mit der privaten Abfallentsorgung, für die die Bürger inzwischen erheblich mehr zahlen und Leistungseinschränkungen hinnehmen müssten. Zudem verlören die kommunalen Parlamente die Kontrolle über diesen Teil der Daseinsvorsorge. Die Privatisierung führe lediglich dazu, dass öffentliche Monopole durch private ersetzt würden. Den Kommunen drohten Finanzprobleme und den Beschäftigten ein erheblicher Arbeitsplatzabbau.

Flughafenpläne AUGSBURG. Während der Augsburger Stadtrat unter Protest der Grünen für den Ausbau des Augsburger Flughafens stimmte, sich aber für mehr Lärmschutz einsetzen will, sprachen sich alle Fraktionen in Gersthofen und Affing Mitte August eindeutig dagegen aus. Zu den 5000 Unterschriften aus diesen Orten kommen noch weitere 800 in Neusäß, 800 in Aichach und die 11000 aus dem 1. Planfeststellungsverfahren.

Straßenbenutzungsgebühren BERLIN/KÖLN. Der Deutsche Städtetag drängt darauf, dass die von der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ empfohlenen Straßenbenutzungsgebühren für Lastkraftwagen nicht nur für Bundesautobahnen und Bundesstraßen erhoben werden, sondern für alle Straßen. „Eine Schwerverkehrsabgabe nur für Bundesfernstraßen würde wahrscheinlich zu Ausweicheffekten auf Landes- und Kommunalstraßen führen. Weil diese Verkehrswege schon genug belastet sind, muss die LKW-Maut auch hier gelten. Sonst ließe sich der Stadtverkehr künftig noch schwieriger steuern,“ erklärte DST-Hauptgeschäftsführer Articus anlässlich der Übergabe des Gutachtens der Pällman-Kommission. Straßenbenutzungsgebühren für LKW seien umwelt- und verkehrspolitisch sinnvoll, weil so größere Anteile des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden könnten. Während der Güterkraftverkehr nur zu einem geringen Teil an den durch ihn verursachten Kosten beteiligt werde, müsse die Bahn die Kosten für die Schienenwege komplett tragen. Deshalb sei eine Straßenbenutzungsgebühr für LKW nicht mehr als gerecht.

Grundrente: BERLIN. Die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise protestieren entschieden gegen die Absicht der Bundesregierung, eine Grundrente über die Sozialhilfe zu finanzieren. Die finanziellen Folgen einer solchen Ent-

scheidung wären für die Städte unkalkulierbar. Die Kritik der kommunalen Spitzenverbände richtet sich gegen folgende geplante Regelungen für 65-jährige und ältere Sozialhilfeempfänger: auf die finanzielle Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger soll verzichtet werden, die Anrechnung von Vermögen darf nur noch eingeschränkt erfolgen, das Bedarfsdeckungsprinzip wird ausgehöhlt, weil die Hilfe weitgehend pauschalisiert werden soll.

Als letztes Netz der sozialen Sicherung sei die Sozialhilfe darauf angewiesen, dass nur dann Hilfe geleistet wird, wenn eigene Mittel und andere Sozialleistungssysteme nicht mehr ausreichen, den Lebensunterhalt oder die Pflege zu finanzieren. Dieses Prinzip aufzuweichen, wäre ein schwerer Systembruch. Armut im Alter müsse verhindert werden, dafür stehe gerade die Sozialhilfe ein. Es sei der falsche Weg, über eine Grundrente Leistungen der Sozialhilfe auszuweiten. Die Kommunen könnten sich allenfalls eine Grundsicherung vorstellen, die bei der Rentenversicherung angekoppelt ist.

Gewerbsteuer-Hebesätze WIESBADEN. Das Statistische Bundesamt hat über die durchschnittlichen Gewerbesteuer-Hebesätze im Jahr 1999 informiert. Bundesweit lag der durchschnittliche Hebesatz bei 389 % und damit um einen Prozentpunkt unter dem Niveau von 1998.

Während der durchschnittliche Gewerbesteuer-Hebesatz in den alten Ländern (einschließlich Stadtstaaten, ohne Berlin-Ost) um -1,4 % auf 392 % zurückging, stieg er in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) um +5,0 % auf 356 %. Bundesweit gab es im vergangenen Jahr 20 Gemeinden mit Gewerbesteuer-Hebesätzen von mehr als 450 % (darunter drei von über 500 %). In der Tendenz sind die Hebesätze in größeren Gemeinden höher als in kleineren Gemeinden.

Aufgrund dieses Zusammenhangs sind die landesdurchschnittlichen Werte für den Gewerbesteuer-Hebesatz ein Spiegelbild der Gemeindestrukturen in den jeweiligen Bundesländern. So wiesen die Länder mit vergleichsweise kleingliedriger Gemeindestruktur – Brandenburg (310 %), Mecklenburg-Vorpommern (321 %), Schleswig-Holstein (337 %) und Thüringen (337 %) – die geringsten Durchschnittswerte in der Hebesatzlandschaft auf. Die höchsten Hebesätze gibt es dagegen in Nordrhein-Westfalen (423 %) und im Saarland (426 %) – in zwei Bundesländern, die sich durch relativ großgliedrige Gemeindestrukturen auszeichnen.

Die Hebesätze der Stadtstaaten: Hamburg 470 %; Bremen 415 %; Berlin 410 %.

Zusammenstellung: ulj

en, weitergegeben. Sie werden zunehmend nicht mehr tarifgerecht bezahlt, geleistete Stunden werden einfach gestrichen, Freizeitausgleich wird verweigert. Wer sich dagegen wehrt, riskiert die Kündigung. Schlechte Beispiele gibt es genug. Schlecker dürfte das Bekannteste sein. Aktuell wirbt Wal Mart mit über 1000 Preissenkungen. Die gültigen Tarifverträge will Wal Mart dagegen nicht anerkennen. Amerikanische Verhältnisse jetzt auch bei uns?

Wer also glaubt, dass es beim Thema Ladenschluss um die Wünsche der Verbraucher geht, der glaubt wohl auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

Die Beschäftigten, überwiegend Frauen, und ihre Familien, leiden mehrheitlich unter den längeren Öffnungszeiten. Besonders die Kinder sind die Leidtragenden. Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit gefährdet das Familienleben. Vater und Mutter werden immer gerade woanders gebraucht. Gemeinsamkeit geht so schrittweise verloren. Gleichzeitig wird über Versäumnisse im Elternhaus geklagt. Zu Recht?

Gegen das kurze Gedächtnis

Die letzten Änderungen des Ladenschlussgesetzes waren Mitte 1996. Am 12. Oktober 1991, drei Jahre nach Inkrafttreten, wurden die Erfahrungsberichte des Ifo-Instituts und der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) der Bundesregierung übergeben.

Wer sich für Fakten interessiert, kann dort nachlesen:

- Die Umsätze haben sich trotz längerer Öffnungszeiten nicht erhöht.
- Zwischen 45% und 50% der Verbraucher nutzen die längeren Öffnungszeiten nie. Nur 10% nutzen sie wöchentlich.
- Frauen nutzen die längeren Öffnungszeiten noch seltener als Männer, und zwar unabhängig davon, ob sie berufstätig sind oder nicht.
- Kauf- und Warenhäuser, die länger öffnen, hatten zu 75% niedrigere Umsätze und nur zu 18% höhere Umsätze.
- Die längeren Öffnungszeiten haben Arbeitsplätze gekostet. In Betrieben mit längeren Öffnungszeiten ging die Zahl der Beschäftigten noch stärker zurück als in den Betrieben, die ihre Öffnungszeiten nicht verlängert haben.
- Mehrarbeit hat im Einzelhandel drastisch zugenommen.

Damit sind mit der letzten Änderung des Ladenschlussgesetzes alle positiven Wirkungen, die zuvor vollmundig prognostiziert wurden, in der Wirklichkeit nicht eingetreten. PM HBV, 31.8.2000

Breuningerland Ludwigsburg fordert die Mieter zum Rechtsbruch auf

Am 10. September 2000 soll es im Breuningerland Ludwigsburg einen verkaufsoffenen Sonntag geben. Am Samstag davor, so die Vorschriften des Ladenschlussgesetzes, sind die Läden dafür ab 14 Uhr zu schließen, so steht es auch in

der behördlichen Auflage. Doch Breuninger will sich nicht an Recht, Ordnung und Auflagen halten und fordert die Mieter schriftlich zum Rechtsbruch auf. Alle sind aufgefordert, bis 16 Uhr „durchzubedienen“. So tanzt Breuninger den Behörden auf der Nase herum.

Der Gewerkschaft HBV Stuttgart liegt vom Breuningerland Ludwigsburg eine Kopie der Mieterinformation Nr. 20/2000 vor. Darin ist auf Seite 3 u.a. zu lesen:

„Wie Sie wissen, sind wir auf Grund der vorherrschenden Gesetzgebung gezwungen, am Samstag, den 9. September bereits um 14.00 Uhr zu schließen. Wir werden dies im Vorfeld zwar ankündigen, damit wir unsere Kunden informieren und den behördlichen Auflagen genüge tun. Wir werden diese Information aber nicht so forcieren, dass wir unsere Kunden am Kommen hindern.

Im Klartext heißt das, dass Sie Ihren Mitarbeitern die Anweisung geben, auf jeden Fall durchzubedienen und keinen Kunden „hinauszuwerfen“. (...)

Wir gehen davon aus, dass sich dieses Durchbedienen durchaus bis 16.00 Uhr hinziehen kann...“

Bereits 1998 hatte die Gewerkschaft HBV vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg erfolgreich gegen die Stadt Stuttgart geklagt und damit erreicht, dass der Ladenschluss an Samstagen vor einem verkaufsoffenen Sonntag um 14.00 Uhr endet. Nach dieser Entscheidung gab es keinen verkaufsoffenen Sonntag mehr im Stuttgarter Stadtgebiet. Statt dessen finden seit 1999 an bis zu 6 Samstagen im Jahr, wieder mit „gesetzswidriger“ Genehmigung der Stadt Stuttgart, verlängerte Ladenöffnungszeiten statt.

Wegen dieser erneut rechtswidrigen Genehmigungspraxis der Stadt Stuttgart (für 6 verlängerte Samstage im Jahre 2000) ist vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ein neues Verfahren anhängig. Am 19. September 2000 ist dazu mündliche Verhandlung.

Die Geschäftsleitung der Firma Breuninger kennt also die Rechtslage bestens. Trotzdem ist sie nicht gewillt, das Gesetz und die behördlichen Auflagen zu respektieren,

Die Gewerkschaft HBV fordert deshalb die zuständigen Behörden auf, keine verkaufsoffenen Sonntage mehr zu genehmigen. Der zuständige Sekretär der Gewerkschaft HBV Stuttgart betont, dass die Missachtung behördlicher Auflagen kein Einzelfall ist. Auch in Stuttgart gab es von Seiten des Einzelhandels schon wiederholt entsprechende Ankündigungen über die Presse nach dem Motto: Lieber eine Strafe zahlen, als sich an Auflagen halten.

Der Betriebsrat der Firma Breuninger muss sich fragen lassen, ob er seine Verpflichtungen gegenüber dem Gesetz und den Mitarbeitern überhaupt kennt. Oder fehlt es dem Betriebsrat und Pressesprecher Bohnenstengel an der nötigen Unabhängigkeit im Amt? PM HBV, 4.9.2000

Bündnis für Arbeit

Die IG Medien steigt aus

Als erste DGB-Gewerkschaft hat die IG Medien ihre Mitarbeit im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ aufgekündigt. Mit überwältigender Mehrheit fassten die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Medien in Bielefeld folgenden Beschlusses:

„Die IG Medien wird im DGB, in ver.di., in den Einzelgewerkschaften des DGB und in der Öffentlichkeit für einen sofortigen Ausstieg der Gewerkschaften aus dem 'Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit' eintreten. Die IG Medien wird sich an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen des 'Bündnisses' nicht weiter beteiligen.“

Bereits auf den außerordentlichen Gewerkschaftstag 1999 in Kassel war es zur Diskussion über einen Ausstieg aus dem „Bündnis“ gekommen. Ein klar formulierter Antrag des Ortsvereins Dortmund, der schon damals viel Zustimmung gefunden hatte, war durch die geschickte Kongress-Regie so umgewandelt worden, dass noch einmal versucht werden sollte, innerhalb des Bündnisses und ver.di mit eigenen Initiativen aktiv zu werden. Sollten diese Initiativen nicht erfolgreich sein, so der damalige Beschluss, wäre aus dem „Bündnis“ auszusteigen.

Jetzt aber ließen sich die Antragssteller auf keine Verschiebungen mehr ein. Antragssteller war der Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg, ein weiterer Antrag, von dem hessischen Landesvorsitzenden Berthold Balzer gestellt, spitzte den baden-württembergischen Antrag noch zu.

Sybille Stamm, Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, sprach für den sofortigen Ausstieg aus dem „Bündnis“, indem sie u.a. auf die Erfahrungen der letzten Tarifrunde hinwies. In den Tarifrunden von Chemie und Metall und schließlich der Druckindustrie hätten sich die Vorgaben aus dem „Bündnis“ haargenau niedergeschlagen. Wie schon in Kassel 1999 gefordert, sei nun ein Zeichen notwendig, damit endlich mit der Logik des „Bündnisses für Arbeit“ gebrochen werde. Daran schloss Martin Dieckmann, Delegierter aus dem Landesbezirk Nord, an. Er verwies auf die sehr grundsätzliche und umfassende Kritik am „Bündnis für Arbeit“, wie sie nicht nur in der Gewerkschaftslinken geäußert würde. Das „Bündnis“ sei Herzstück der Architektur von „New Labour“ in Deutschland und der Sozialpolitik der „neuen Mitte“ – die am Tag zuvor von Detlef Hensche scharf angegriffen worden war. Genauer zu untersuchen sei auch die Rolle der Bertelsmann-Stiftung

Handwerk für Umwandlung von Lohnbestandteilen in Rentenansprüche. – HB, Donnerstag, 7.9.2000. –

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordert, der Rechtsanspruch auf Gehalts-umwandlung bei der Rente, wie ihn Bundesarbeitsminister Riester vertrete, müsse fallen. Sinnvoll seien dagegen tarifvertragliche Vereinbarungen, die freiwillige Lösungen auf betrieblicher Ebene ermöglichten. Das Handwerk schlägt dazu vor, Überstunden-Entgelte oder Teile des Urlaubs- oder Weihnachtsgeldes auf der Grundlage von Tarifverträgen in steuer- und sozialversicherungsfreie Beträge für die kapitalgedeckte Vorsorge umzuwandeln.

Empörung der Wirtschaft wegen Festhalten des Kanzlers am Ladenschlussgesetz –

Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BDA), Michael Fuchs, erklärte: Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland darf nicht verlängerter Arm von Gewerkschaftsfunktionären werden. Die Bundesregierung stehle sich aus der Verantwortung, Wildwuchs und Wettbewerbsverzerrungen bei den Öffnungszeiten zu beseitigen, bemängelte H. Wenzel, Hauptgeschäftsführer des HDE. Ende August hatten sich die Wirtschaftsstaatssekretäre auf eine Verlängerung der Öffnungszeiten an Werktagen um 2 Stunden bis 22 Uhr geeinigt.

Mehr Azubis in kleineren Betrieben. –

HB, Freitag/Samstag, 8./9.9.2000. – Das Ergebnis einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) über die Entwicklung des Lehrstellenangebots lautet, dass Kleinbetriebe 1999 bezogen auf zehn Facharbeiter einen Lehrling neu eingestellt haben, während die Quote in Großbetrieben nur halb so hoch gewesen sei. Grundlage sei der höhere Personalbedarf kleinerer Unternehmen, fast jeder zweite Kleinbetrieb will in den nächsten Jahren mehr Mitarbeiter einstellen.

Neuer Gesamtmetallchef will flexiblen Flächentarifvertrag. –

M. Kanne-giesser, neuer Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall tritt für Beibehaltung des Flächentarifs ein. Das bestehende Tarifsysteem werde den Arbeitgebern aber wesentlich mehr Freiräume für individuelle Lösungen einräumen müssen. Arbeitgeberverband und Gewerkschaften müssten einen ständigen Dialog halten: „Wir müssen darauf achten, dass die IG Metall in ihrer Bewusstseinsbildung mit uns im Gleichschritt geht.“ *Presseauswertung: rst*

im Aufbau des „Bündnisses“ und auch der Böckler-Stiftung, die mittlerweile so etwas wie eine „Frontorganisation“ der Bertelsmänner geworden sei. Dieckmanns Vorschlag: Durchführung von Konferenzen der IG Medien mit anderen Gewerkschaften und GewerkschafterInnen zur Diskussion der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Konzepte, wie sie im „Bündnis“ und auch in Teilen der Gewerkschaften vertreten würden.

Frank Werneke vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien warb für einen Verbleib im „Bündnis“. Durch einen Ausstieg sei nichts gewonnen, zudem verberge man sich der Möglichkeit, auf die Absprachen zwischen den Gewerkschaften einzuwirken. Und es gäbe schließlich auch Beispiele dafür, dass die Mitarbeit von Gewerkschaften wie der IG Medien zumindest dazu beigetragen hätte, Schlimmeres abzuwenden.

Eine Delegierte aus Nordrhein-Westfalen wandte sich sehr persönlich an Frank Werneke. Auf dem letzten außerordentlichen Gewerkschaftstag habe er genau so für einen Verbleib im „Bündnis“ argumentiert. Damals hätte sie ihn in der Abstimmung unterstützt, aber jetzt sehe sie nicht, dass sich irgend etwas substantiell geändert hätte. Deshalb würde sie jetzt auch für den sofortigen Ausstieg stimmen.

Berthold Balzer, hessischer Landesvorsitzender, betonte, es dürfe nicht nur darum gehen, das „Bündnis“ als Institution zu verlassen, sondern auch mit dem „Bündnis“ im eigenen Kopf fertig zu werden.

Letzter Redner: Axel Becker aus dem Landesbezirk Hessen. Er hatte in Kassel 1999 noch die Verschiebung des Ausstiegs aus dem „Bündnis“ wesentlich mit herbeigeführt. Jetzt verwies er auf die Beschlusslage von 1999: Wenn sich Initiativen der IG Medien in ver.di als nicht er-

folgreich erweisen sollten, dann wäre aus dem „Bündnis“ auszusteigen. Tatsächlich war dies in etwa der Beschluss von 1999. Daraus, so Becker, gäbe es jetzt, im September 2000, nur eine Konsequenz zu ziehen: den sofortigen Ausstieg.

Der Beifall für die RednerInnen hatte das Ergebnis schon vermuten lassen: Fast alle Delegierten stimmten für den sofortigen Ausstieg aus dem „Bündnis“. Bei der Gegenprobe zählte man lediglich eine Handvoll Stimmkarten, die meisten davon auf der Bühne des Geschäftsführenden Hauptvorstandes. Damit endete die Mitarbeit der IG Medien im „Bündnis für Arbeit“ am 9. September 2000.

Bleibt anzumerken, dass dieser Ausstieg aus dem „Bündnis“ zunächst nur eine symbolische Aktion bleiben wird. Zwar werden die Vertreter der IG Medien ihre Mitarbeit zunächst einstellen müssen, aber die Beschlusslage der IG Medien wird sich kaum in ver.di durchsetzen lassen. Dennoch ist der Bielefelder Beschluss ein Signal, das gerade für die Linke in den ver.di-Gewerkschaften wichtig werden kann. Und für die Gewerkschaftslinken insgesamt ist damit wohl auch eine Streitfrage endgültig vom Tisch: ob man das „Bündnis“ nicht doch für alternative Strategien nutzen könnte.

Erneut und noch stärker als sonst wurde bei dieser Gelegenheit die Böckler-Stiftung kritisiert. So die Anregung, man könne doch ein Sperrkonto einrichten, auf das alle gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder denjenigen Teil ihrer Tantiemen überweisen sollten, der sonst an die Böckler-Stiftung geht. Zumindest so lange, wie nicht endlich die Rolle der Böckler-Stiftung im gewerkschaftspolitischen Zusammenhang offen und kontrovers zur Diskussion gestellt würde. Bis dahin könnte dann die Devise gelten: „Sperrt Böckler!“

aus: www.labournet.de



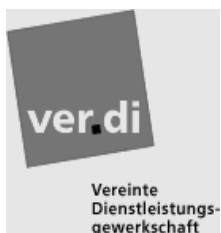
ver.di startet Aktion gegen Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes

Die ver.di-Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV starten eine Unterschriftenaktion gegen die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes. DAG-Vorstandsmitglied Lutz Freitag erklärte heute in Berlin, eine Abschaffung des Gesetzes sei zwingend erforderlich, um den Schutz der Beschäftigten wiederherzustellen.

Das Gesetz, das von der Regierung Kohl 1985 eingeführt worden war und eine Befristung von Arbeitsverträgen ohne Begründung für die Dauer von zwei Jahren zulässt, habe nicht zu positiven Ergebnissen auf

dem Arbeitsmarkt geführt. Stattdessen sei die Regelung von den Arbeitgebern dazu genutzt worden, faktisch die Probezeit für Arbeitnehmer auf zwei Jahre auszudehnen. Im Wechsel mit Befristungsverträgen aus sachlichen Gründen führten diese befristeten Beschäftigungsverhältnisse sogar zu langjähriger Verunsicherung der Beschäftigten, die nie wüssten, ob ihr Vertrag verlängert würde. – Gerade im Dienstleistungsbereich, den die beteiligten Gewerkschaften in Zukunft gemeinsam betreuen wollen, habe der Anteil der befristet Beschäftigten ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Unter diesen Umständen würden weder die betroffenen Arbeitnehmer noch ihre Betriebsräte Arbeitnehmerrechte durchsetzen können.

aus: www.verdi.net/de/infopool



Die Auswertung der Landtagswahl NRW, die Planung der weiteren Arbeit und die Festlegung politischer Schwerpunkte waren neben den Wahlen der Delegierten zum Bundesparteitag Themen des **zweitägigen Landesparteitags der PDS in Nordrhein-Westfalen**. Ausführlich diskutierten die anwesenden Mitglieder bei verschiedenen Tagesordnungspunkten das verstärkte Aufkommen rechtsextremer Umtriebe, nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen, und wandten sich in einer Entschließung, die auch dem Bundesparteitag vorliegen soll, gegen neofaschistische Umtriebe. In der Auswertung der Landtagswahl bestand Einigkeit darin, dass die Teilnahme an der Wahl richtig war, auch wenn das Ziel, das Bundestagswahlergebnis zu übertreffen, nicht erreicht wurde. In einem an die Erfahrung bei den Wahlen anknüpfenden Beschluß zu organisatorischen Massnahmen nimmt sich der Landesverband vor, dass sobald als möglich alle Ortsgruppen und Kreisverbände mit einem Telefon-/Fax-Anschluss ausgerüstet werden sollen und die PDS so auch im örtlichen Telefonbuch auffindbar ist, aber auch die oft mühsame Kommunikation untereinander und mit der Landesgeschäftsstelle erleichtert wird. Am Sonntag war Gabriele Zimmer zu Gast und legte ihre Vorstellungen vom weiteren Aufbau der PDS dar. Erleichtert nahmen fast alle Anwesenden zur Kenntnis, dass sie realistischere Vorstellungen zum Westaufbau vortrug und keine überzogenen Er-

wartungen an mögliche Wahlergebnisse im Westen hegt. Einen deutlichen Schwerpunkt legte sie darauf, den Dialog zwischen PDS West und PDS Ost erneut zu entfalten und hob die bestehenden Ansätze, z.B. die Winter-/Sommer-schule hervor. Die Neubelebung des Dialogs ist eine Aufgabe, die sicher von beiden Seiten angegangen werden muss, damit sich die Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft in Ost und West nicht auch noch in der PDS verfestigt. *uld*

Neue, nachgerückte Mitglieder des **PDS-Parteivorstandes** sind jetzt Joachim Bischoff (Hamburg) und Hans Jörg Krause (Salzwedel/Sachsen-Anhalt).

Nachdem der hessische Bundestagsabgeordnete Fred Gebhard kürzlich verstarb, rückt nun Pia Maier aus Marburg in die **Bundestagsfraktion** ein. Pia Maier ist für die PDS im Marburger Stadtrat und war Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion.

Die **Bundesschiedskommission** hat die Neuwahl des Hamburger Landesvorstandes für rechtmäßig erklärt und in seiner schriftlichen Entscheidung den Antragsteller, den alten LAA selber schwer kritisiert:

„Die Bundesschiedskommission stellt im weiteren fest, dass der Antragsteller selbst sich grob statutenwidrig verhielt als er:
– den Mitgliedern seines Landesverbandes die für ein Mitgliederbegehren notwendige Mitgliederliste nicht zur Verfügung stellte und auch eine Verschickung verweigerte

– sich weigerte, Anträge, die auf die Änderung der Tagesordnung mit der Möglichkeit der Ab- und Neuwahl zielten, rechtzeitig öffentlich zu machen
– und die Umsetzung der Beschlüsse der Hamburger Landesversammlung dem höchsten Organ der Gliederung, von dem er gewählt worden war, auch dann noch verweigerte, als die Bundesschiedskommission, dem durch die Landesschiedskommission aufgehobenen Beschluss wieder Gültigkeit verschaffte.“

Ende August fand in **Hessen der Landesparteitag** der PDS statt. Die Konferenz verabschiedete ein kommunales Rahmenwahlprogramm für die bevorstehenden Kommunalwahlen am 18. März 2001. Neben einer Kandidatur in Frankfurt gilt als relativ sicher auch eine Kandidatur in Kassel, Gießen und Offenbach. Der PDS kann der Sprung in die Stadtparlamente gelingen, wenn sie frühere Ergebnisse wiederholen kann. Außer in diesen vom Landesvorstand zu Schwerpunktstädten erklärten Kommunen denken die hessischen Genossen u. a. in Darmstadt, Hanau, Rüsselsheim und der Landeshauptstadt Wiesbaden über Kandidaturen nach. Der aus Hessen stammende PDS-Vize Diether Dehm dementiert aber Gerüchte, die Hessen-PDS werde flächendeckend antreten.

Der PDS-Pressedienst veröffentlichte in den letzten zwei Ausgaben eine Studie von André Brie über die **Wahlergebnisse der PDS im Jahre 1998/99**. Die Analyse geben verschiedene Hinweise für die aktuelle Strategiediskussion in der PDS und über die weitere Entwicklung. André Brie hat sich in Wertung zurückgehalten. *Zusammenstellung: jöd*



Zu den sogenannten „Beneš-Dekreten“

Emil Hruška, Hunno Hochberger

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit werden sie als sogenannte „Beneš-Dekrete“ gehandelt: die Rechtsgrundlagen für die Maßnahmen der tschechoslowakischen Seite nach dem Zweiten Weltkrieg, die der Tatsache Rechnung zu tragen suchten, dass ein Teil der Gesellschaft (Sudetendeutsche) von einer auswärtigen Macht erfolgreich sowohl für den allgemeinen Zweck der Aufrichtung eines Terrorregimes eingenommen und benutzt werden konnte, wie auch außerdem für die beiden speziellen Zwecke der sofortigen systematischen Ausrottung eines anderen Teils (jüdische Nation) und der Versklavung und der damit einhergehenden schrittweisen „Umvolkung“ bzw. Ausrottung des übrigen Teils (tschechische Nation) dieser multikulturellen Gesellschaft. Gegenüber dem Versuch der

Aufbereitung dieser Rechtsgrundlagen bzw. Maßnahmen als „lange geplanter Racheakt“ bzw. ihrer Charakterisierung als „Kopie nazistischer Willkür- und Gewaltakte“ kann festgestellt werden:

1.

Alle Staaten der Antihitlerkoalition haben bereits während des Zweiten Weltkriegs die Legitimität der tschechoslowakischen Exilregierung (unter der Leitung von Edvard Beneš) anerkannt. Die Repräsentanten der verschiedenen (partei-)politischen Kräfte innerhalb der tschechoslowakischen Gesellschaft bildeten damals die „Einstweilige Staatsordnung“. Sie umfasste die Institution des Staatspräsidenten sowie die beiden Organe Exilregierung und Staatsrat und sollte für einen vorübergehenden Zeitraum die Institution des Parlaments ersetzen. Diese „Einstweilige Staatsord-

nung“ hielt somit die Kontinuität der Tschechoslowakischen Republik fest während der Zeit der nazistischen Okkupation.

Mit dem Ziel, die komplizierten Nachkriegsverhältnisse in der befreiten Tschechoslowakischen Republik zu regulieren, nahm die „Einstweilige Staatsordnung“ nicht Gesetze an (weil das Parlament nicht existierte), sondern – gemäß der Verfassung von 1920 – die „Dekrete des Präsidenten der Republik“. Diese Dekrete wurden von der Exilregierung vorbereitet und in der Regel auch im Staatsrat behandelt. Alle diese Dekrete wurden nach dem Krieg durch die „Einstweilige Staatsordnung“ zu Gesetzen erklärt. Sie sind somit – unter den Umständen der seinerzeitigen Ausnahmesituation – ordentlich entstanden, sie wurden ordentlich gebilligt und sie sind dann ordentlicher Bestandteil der tschechoslowakischen (bzw. später: der tschechischen)

Deutsche Sprach- und Siedlungsgebiete vom Frühen Mittelalter bis zum Zweiten Weltkrieg



Hrsg.: Bund der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. — Godesberger Allee 72—74, 53175 Bonn

Werbeplakate des Bundes der Vertriebenen, verbreitet beim Sudetendeutschen Tag 1998 in Nürnberg: Die Migrationsbewegung aus dem deutschen Kulturkreis soll territoriale Ansprüche begründen.

Rechtsordnung geworden.

Zum Charakter jener „Beneš-Dekrete“, die auf die Ursachen und die Umstände der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik und der nazistischen Okkupation reagierten und die vor allem die deutschsprachige Bevölkerung (außer den Antifaschisten unter ihnen) anbetrafen, hat das Tschechische Verfassungsgericht im Jahre 1995 in seiner Entscheidung Nr. 55 u. a. folgendes bekräftigt: Obwohl diese Dekrete ihre (ursprüngliche) konstituierende Funktion verloren haben, bilden sie nach wie vor einen legitimen Bestandteil der (heutigen) tschechischen Rechtsordnung! Das Verfassungsgericht erneuerte zugleich alle seinerzeitigen Begründungen, die zu den harten Maßnahmen gegen die meisten Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik geführt haben – insbesondere jene Begründung, welche die Tatsache zum Gegenstand hatte, dass die absolute Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung Hitlers Politik keinen Widerstand entgegengesetzte, sondern sie vielmehr (mit unterschiedlichem persönlichem Engagement) unterstützte.

2.

Aus dem Protokoll der Vernehmung des ehemaligen „Staatssekretärs beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren“, Karl Hermann Frank, in der tschechoslowakischen Untersuchungshaft (Anfang 1946) wird deutlich, dass es dem NS-Regime nicht nur erfolgreich gelungen ist, den Großteil der Sudetendeutschen für die Zerstörung der (ersten) Tschechoslowakischen Republik zu gewinnen – sondern vor allem für die sub-

jektive Überzeugung, dass ein friedliches Zusammenleben oder ein Ausgleich mit der übrigen Bevölkerung nicht möglich sei (1)! Das war bedeutsam für die Duldung der bzw. Teilhabe an den Verbrechen des NS-Regimes von Seiten des Sudetendeutschums: Denn hiermit wurde der Übergang zur (handgreiflichen) Auffassung, „im böhmisch-mährischen Raum ist nur Platz für ein Volk – nämlich für das deutsche Volk“, fließend. Gegenüber der öffentlichen Meinungssituation vor der Errichtung der ersten Tschechoslowakischen Republik, wo es vereinzelt Sperrschilde in Kaffeehäusern und Hotels (z. B. in Cheb/Eger) gab „mit Aufschriften, dass Tschechen, Juden und Hunden der Eintritt verboten ist“ (aus: Wilma Iggers; „Die Juden in Böhmen und Mähren – Ein historisches Lesebuch“, München 1986 – S. 207), war dem NS-Regime nunmehr eine allgemein wirksame Ausrichtung dieser Situation gelungen: Die (von außen initiierte) Anschlusspolitik in Mitteleuropa konnte als das hervortreten, was sie von Anbeginn war – Ausschlusspolitik gegenüber allen nicht-deutschen Bevölkerungsteilen bzw. Bevölkerungen, reichend von ihrer Versklavung bis hin zu ihrer „Umvolkung“ bzw. Ausrottung. Hierfür lag der Ausgangspunkt in der Gewinnung der sudetendeutschen Mehrheit für die strikte Absage an das friedliche Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft. Auf diese Weise konnten diese Sudetendeutschen nicht nur getäuscht werden über die Absichten des NS-Regimes, sondern sie wurden mit hineingerissen in all jene Verbrechen zur Realisierung dieser Absichten. Diese Verbrechen waren v. a. folgender Art:

a) Die Einverleibung in bzw. Anbindung an das „Großdeutsche Reich“ hatten die schrittweise (systematische) Ausrottung der jüdischen Nation sowie den vollständigen Raub ihres Eigentums zur Folge. Hierbei wurden 80.000 Menschen ermordet, darunter 15.000 Kinder (2). Der „Anschluss des Sudetengaus“ und die Aufrichtung des „Protektorats Böhmen-Mähren“ führten einerseits zur schrittweisen Aus- bzw. Umsiedlung tschechischer Bevölkerungsteile bzw. zum Raub an deren Eigentum sowie zur sukzessiven Neuansiedlung deutschsprachiger Kolonisten. Der Bericht an das Nürnberger Tribunal stellt darüber hinaus fest, dass im Endergebnis der systematischen Demontagen ungefähr die Hälfte des nationalen Reichtums geraubt wurde (3). Zum andern hatte die Anschluss- bzw. Okkupationspolitik die Verschleppung von rund 350.000 Bürgern in die KZs zur Folge, wo zusätzlich zu den ermordeten jüdischen Mitbürgern noch weitere 155.000 Männer, Frauen und Kinder umkamen. Mehrere tausend Menschen wurden in den Gestapo-Gefängnissen zu Tode gequält, durch Standgerichtete hingerichtet und verloren ihr Leben bei Massakern an ganzen Ortschaftsbevölkerungen – wie in Lidice und Lezaky (4).

b) Auf mittlere bis längere Sicht war die „Eindeutschung“ („Umvolkung“) bzw. Ausrottung der gesamten tschechischen Nation geplant. In den Denkschriften der Leitung des „Protektorats Böhmen-Mähren“ aus dem August 1940 zur Zielsetzung der „Eingliederung“ dieses Gebiets ins Reich bzw. zur Ansiedlung von Deutschen in diesem Gebiet, sowie zur Lösung des „Tschechen-Problems“ –

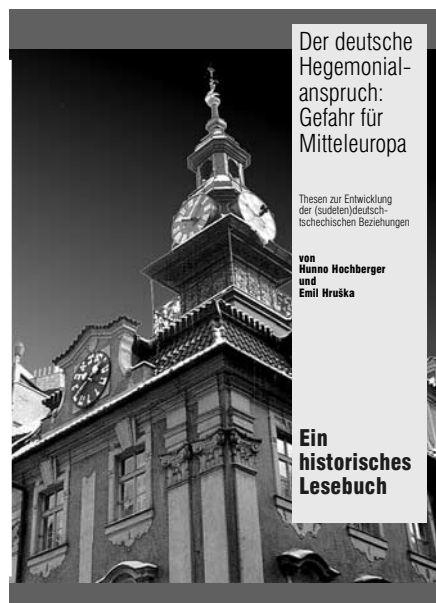
wird diese Zwecksetzung unterm Begriff „Germanisierung“ näher bestimmt:

„Eine solche Germanisierung sieht vor: 1.) die Umvolkung der rassisch geeigneten Tschechen; 2.) die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente; 3.) die Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut.“ (5) Diese Zwecksetzung wurde von Hitler ausdrücklich gutgeheißen und als Leitlinie der Okkupationspolitik bestimmt.

c) Darüber hinaus zeichnete sich die NS-Politik auf dem Territorium der CSR durch eine Vielzahl von Gräueltaten aus: Diese reichen von den o. a. Massakern an der Bevölkerung einzelner Ortschaften bis hin zu jenen menschlichen „Schutzschilden“, die die Waffen-SS bei der Bekämpfung des Prager Aufstands (Anfang Mai 1945) vor ihren Panzern hertrieb, um so den Beschuss durch die Aufständischen von sich abzuhalten. In diesem Zusammenhang müssen auch die vielen Todesmärsche von KZ-Häftlingen genannt werden, welche die SS 1944/45 (vor der drohenden Befreiung durch die Truppen der Antihitlerkoalition) auf verschiedenen Routen durch das tschechische Gebiet (v. a. nach Oberösterreich zum KZ Mauthausen) durchgeführt hat. Hierbei kam es zu ständigen Gräueltaten (6). Diese Verbrechen haben ebenfalls beigetragen zur Zerstörung des Zusammenlebens zwischen dem deutschsprachigen und dem tschechischsprachigen Teil dieser Gesellschaft.

3.

Vor dem Hintergrund der NS-Politik



In dem 1998 erschienenen Buch (28 DM, erhältlich über GNN Schkeuditz oder Buchhandel: ISBN: 3-9805441-2-5) legen die beiden Autoren ausführlich die Geschichte der sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen dar.

gegenüber der jüdischen und der tschechischen Nation war es insofern von entscheidender Bedeutung, ob sich ein nachhaltiger Widerstand gegen diese Politik innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung herausbildet. Die tschechische Seite (im Exil wie auch im Widerstand) ging zunächst noch davon aus, dass die Deutschen in einer erneuerten Tschechischen Republik ein gleichberechtigter Faktor sein müssen. Im Zuge der ersten KZ-Deportationen bzw. Hinrichtungen nach der Okkupation wurde die deutsche Seite immer mehr zu einem Gefahrenmoment „intra muros“. Immerhin konnte die tschechische Seite schwerlich übersehen, dass diese NS-Politik in erheblichem Maße auf sudetendeutsche Zustimmung und Mitarbeit abgestützt war. Hier hat die Debatte um die Aussiedlung der Deutschen aus der CSR ihren Ausgangspunkt

Die KP/CSR hat sich bis Ende 1943 gegen eine weitreichende Aussiedlung ausgesprochen; sie plädierte für eine Differenzierung und mochte lediglich der Aussiedlung von aktiven Nazis zustimmen. Auch danach ist sie weiterhin für eine Lösung des Problems im Rahmen des Antifaschismus eingetreten. Zusammen mit linken deutschen Antifaschisten ging sie nach wie vor davon aus, dass die meisten „Sudetendeutschen“ sich schließlich doch vom Nationalsozialismus abwenden würden: Der „Sudetendeutsche Freiheitssender“, der seit dem 10. November 1941 aus der Sowjetunion Rundfunksendungen ausstrahlte, hat diesen Teil der Bevölkerung beständig zur Solidarität mit dem tschechischsprachigen Teil aufgefordert. In der letzten Sendung vom 15. Mai 1945 wurde insofern festgestellt: „Erst in den nächsten Monaten wird sich auch der letzte Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik klar vergegenwärtigen, was er alles damit verloren hat, dass er den Henlein und seine Bande unterstützte...“ (7) Auch wenn zugestanden werden kann, dass es für den

einzelnen Sudetendeutschen sehr schwierig war, die Methoden bzw. Zwecke zu durchschauen, für welche die Staatspolitik des „3. Reichs“ ihn benutzte: Was unbedingt zugestanden werden muss, ist, dass für die tschechische Bevölkerung ein weiteres friedliches Zusammenleben mit der deutschsprachigen Seite unmöglich geworden war. Die Grundlage für solch ein Zusammenleben war restlos zerstört worden – von der deutschen Seite. Insofern hat F. Jesser, der bekannte Vertreter des sudetendeutschen „nationalen Sozialismus“ das Schicksal der Sudetendeutschen nach dem Krieg prägnant so formuliert: „Wir Sudetendeutschen haben auf Hitlers Karte gesetzt und sind dabei zugrunde gegangen!“

Quellen:

- (1) Dokumentation [Acta Occupationis Bohemiae et Moraviae]: „Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung“; zusammengestellt von Václav Kral – Prag 1964; S. 54 (Dok. Nr. 2)
- (2) Natalia Berger (Herausgeber) „Wo Kulturen sich begegnen. Die Geschichte der tschechoslowakischen Juden“ – Forschungsbericht; Verlag Mlada fronta – Prag 1992; S. 162
- (3) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof – Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946; Amtlicher Text – Deutsche Ausgabe. Dokument 998-PS (Amtlicher tschechoslowakischer Bericht über deutsche Verbrechen gegen die Tschechoslowakei – [Beweisstück US-91]), abgefasst in Englisch (German Crimes against Czechoslovakia) – abgedruckt in: Urkunden und anderes Beweismaterial, Bd. XXVI, S. 429–522
- (4) Dokumentation: „Deutschland und die Tschechoslowakei 1918 – 1945. Dokumente über die deutsche Politik“, zusammengestellt von Kolo-man Gajan u. Robert Kvacek, Prag 1965; S. 41
- (5)) Dokument 3859 PS; siehe unter (3); (abgedruckt in: Urkunden und anderes Beweismaterial, Bd. XXXIII – S. 252ff.)
- (6) Martin Gilbert / „Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas“ – engl. Orig. Ausgabe 1982, London; deutsche Übers. 1982 / überarbeitete Neuausgabe Hamburg 1995; S. 204ff.
- (7) Bartos, J., „Okupovane pohranici a ceske obyvateľstvo 1938–1945“; Praha 1978; S. 68

Rechte Versuche, die Entschädigungsdebatte zu nutzen

Revision der Geschichte

Von Joß Fritz & Frank Kretschmar

Aus DER RECHTE RAND Nr. 65 vom Juli / August 2000 (Internetversion aus www.nadir.org/nadir/periodika/drr)

Die im Mai erhobene Forderung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), dass „sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt“ mit Mitteln des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds entschädigt werden sollen, hat breites öffentliches Interesse erweckt. Denn der Versuch, sich als Opfer darzustellen und im Rahmen der Entschädigungsdebatte

für ehemalige Zwangsarbeiter finanziell daraus Profit ziehen zu wollen, löste vor allem auf tschechischer Seite Befremden aus.

Doch die „Vertriebenenverbände“ gingen mit ihren Forderungen noch weiter: „Millionen deutscher Zivilisten“, behauptet die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), Erika Steinbach, hätten nach dem Zweiten Weltkrieg „Zwangsarbeit“ leisten müssen. Sie seien bei „unmenschlichen Bedingungen“ in „Lager eingepfercht“ gewesen, hätten „Misshandlungen“ erlitten und seien „Deportationsopfer“ geworden. In dieser Kette fehlt auch nicht der Vergleich mit

dem Holocaust, wenn der BdV behauptet, diese deutschen „Zwangsarbeiter“ seien nach Ende des Zweiten Weltkrieges in „Zwangsarbeits- und Vernichtungslager“ eingeliefert worden.

Doch nicht nur die historische Realität wird in „Vertriebenenkreisen“ im Kontext der Forderung nach Entschädigung der Zwangsarbeiter zur modifizierbaren Knetmasse, sondern auch die Gegenwart: In den USA werde eine „Druck-Kulisse gegen deutsche Unternehmen aufgebaut“, heißt es im BdV-Organ „Deutscher Ostdienst“, die „allmählich rufmörderische Formen“ annehme. „Lobbyisten“, wie der „besonders einfallsreiche Anwalt Ed Fagan“, würden „immer höher geschraubte Ansprüche“ vertreten. Im „Kern“ gehe es den Opfern um Geld, „um sehr viel Geld, doch nicht zuletzt um die anteiligen Erfolgshonorare von Anwälten“, spekulieren die „Vertriebenen“.

Die Vermutung, wer hinter Rufmord und Lobbyismus, Einfallsreichtum und Geldgier stecke, bleibt erstaunlicherweise auch nicht unausgesprochen: So weiss das „Ostpreußenblatt“ zu berichten, dass es „jüdische Organisationen“ seien, die in den USA „erneut Entschädigungen“ verlangen würden – „diesmal für sogenannte ‚Zwangsarbeiter‘“. Dass die „Vertriebenen“ die Zwangsarbeiter mit dem nationalsozialistischen Terminus der „Fremdarbeiter“ bezeichnen, gehört wohl zur Traditionspflege. Nicht nur, dass Deutschland „enorme Beträge für NS-Verfolgte“ unter anderem „nach Israel“ gezahlt habe. Nein, diese Beträge seien dort „nie“ angekommen, wofür das „Ostpreußenblatt“ auch eine Erklärung hat: „Offenbar herrscht in diesen Bereichen eine enorme Korruption, die keiner untersucht und die niemand zu hinterfragen wagt.“

Klar ist für die „Vertriebenen“ auch die Gerechtigkeit des Nationalsozialismus, denn die „Löhne“ der Zwangsarbeiter „entsprachen denen ihrer deutschen Kollegen“: „Sie waren genau so sozialversichert wie die Deutschen, hatten Anspruch auf Urlaub, in dem sie nach Hause fuhren und auch in der großen Masse pünktlich an die Arbeitsstelle zurückkehrten.“ Deshalb müsse Deutschland gegenwärtig „endlich Zeichen“ setzen, sonst würden „sich die Erpressungen bis in alle Ewigkeit“ fortsetzen, fordert das „Ostpreußenblatt“.

Entschädigungsleistungen fordern aber nicht nur die „Vertriebenenverbände“, obgleich sich auf Initiative des BdV Thüringen erst vor wenigen Wochen ein „Aktionskreis Eigentum Vertriebener“ gegründet hat. Und dessen Vorsitzender, Paul Latussek, hatte Mitte Mai in einem im Thüringer Parlamentsgebäude verbreiteten Flugblatt vom „Völkermord an den ostdeutschen Stämmen“ und von „unmenschlicher Behandlung der deutschen Soldaten durch die Amerikaner“ am Ende des Zweiten Weltkrieges philosophiert – ein Flugblatt, dessen Verbreitung wegen der darin enthaltenen rech-

ten Parolen die Absage des Parlamentarischen Abends des BdV durch den Ältestenrat des Landtages zur Folge hatte.

In den vergangenen Jahren haben sich eine ganze Reihe von Vereinigungen gegründet, die für Rückgabe oder Entschädigung für die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR durchgeführten Enteignungen eintreten. Nach ihrem Willen soll das Rad der Geschichte soweit zurück gedreht werden, dass selbst die Enteignungen von Nazis und Kriegsgewinnlern nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Enteignung von Großgrundbesitzern im Rahmen der Bodenreform (Motto: „Junkerland in Bauernhand“) wieder rückgängig gemacht werden sollen. Optisch präsent ist mit seiner Initiative „Enteignungen 1945/49“ vor allem das Hamburger CDU-Mitglied Heiko Peters. Kostspielige, zum Teil ganzseitige Anzeigen des Kaufmanns finden sich nicht nur in solch einschlägigen Blättern wie der „Jungen Freiheit“, in „Der Schlesier“ und im „Ostpreußenblatt“, sondern auch in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Welt am Sonntag“ und im „Spiegel“. Peters referierte in der Vergangenheit auch beim „Bund Freier Bürger“ und der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) und stand der „Jungen Freiheit“ für Interviews zur Verfügung. Zeitungsanzeigen gegen die Enteignungen in der Nachkriegszeit schalteten neben Peters auch Horst Werner Nilges und Horst Fikentscher. Letzterer bezeichnete 1998 in einem Leserbrief an die „Deutschen Wochenzeitung“ den Begriff „rechtsradikal“ als „die Totschlagphrase der Etablierten“. Inserate in der FAZ gegen die Enteignungen wurden auch von Dr. Fritz Rosenberger von der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e.V.“ aufgegeben.

Zahlreiche Gruppen dieser Art haben sich seit 1995 der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) unter Leitung von Manfred Graf von Schwerin angeschlossen, die „Opfer- und Geschädigtenverbände, Gruppen und Einzelpersonen der SED/DDR-Diktatur im In- und Ausland“ bündeln will. Auf ARE-Konferenzen traten unter anderem der mittlerweile verstorbene CDU- und „Vertriebenenpolitiker“ Ottfried Hennig, der FDP-Politiker Alexander von Stahl, Heiko Peters, Wolfgang von Stetten, Präsident des „Studienzentrums Weikersheim“, Harald Strunz von der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) und Vertreter der Hamburger „Status Vermögensverwaltungs GmbH“ als Referenten auf. Internationalen Druck erhofft sich die ARE von der im vergangenen Jahr gegründeten „Europäischen Liga der Opfer der Gewaltherrschaft“ (ELOG) mit Sitz in Köln, die die Forderungen sowohl der „Vertriebenen“ als auch der in der DDR enteigne-

ten Grundstücksbesitzer aufgreifen will. Gegen die Enteignungen und für ein „Recht auf Eigentum“ tritt ein „Göttinger Kreis – Studenten für den Rechtsstaat“ ein. Eine erste Demonstration mit etwa 300 Teilnehmern führte der von Adelstitel-Trägern geleitete Verein am 3. Oktober letzten Jahres in Berlin durch.

Um Entschädigung und Rehabilitation geht es auch den zahlreichen Vereinigungen der „Opfer des Stalinismus“, die sich in der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) zusammengeschlossen haben. Vorsitzender der UOKG ist Gerhard Finn. „In den 50er Jahren war er leitender Mitarbeiter der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘, eines geheimdienstlich organisierten Verbandes, der auch schon mal Sprengstoffanschläge organisierte oder Entführungen durchführte, um Sabotage gegen die DDR zu betreiben. Später veröffentlichte Finn mit Bundesgeldern kleine Broschüren, in denen er die sowjetischen Internierungslager den Nazi-Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen gleichstellte. Der Mann hat einen späten Sieger errungen – Anfang der neunziger Jahre brachte er sich als Fachmann in die Bundestags-Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ ein.“ („Junge Welt“ 3./4. Mai 1997) Die Zeitung der UOKG, der „Der Stacheldraht“, wird gemeinsam mit dem „Bund der Stalinistisch Verfolgten“ (BSV) herausgegeben. Gefördert wird das Blättchen von der mittels Bundesgesetz errichteten „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. 1996 wurde in der Zeitschrift eine Einladung zur einer Gedenkfeier am Grab des Professors Hans Heinze abgedruckt. Heinze war nach dem Krieg Chefarzt im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen. Dort saß Heinze nicht unberechtigt. Zuvor war er, NSDAP-Mitglied seit 1933, Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden und einer der zentralen Figuren des Euthanasieprogramms der Nazis. Zum Fachgebiet des vermeintlichen „Engel von Sachsenhausen“ gehörte die sogenannte Kinder-Euthanasie, denn Heinze war als Obergutachter für die behinderten Kinder in der Kinderfachabteilung der Görden Klinik zuständig. Heinzes Verbrechen wurden nie gesühnt, ein 1966 eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde 1966 vom Landgericht Hannover eingestellt.

Im Gegensatz zur Behandlung der Opfer des Naziregimes hatte man sich bei der Entschädigung der in der DDR Inhaftierten schon nach wenigen Jahren auf eine staatliche Entschädigungsregelung geeinigt. Eine „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ unter der Aufsicht des Bundesministeriums des Innern gibt es bereits seit 1969. NS-Verfolgte haben



hier keine Chance, die Stiftung ist ausschließlich für ehemalige Inhaftierte aus dem „kommunistischen Machtbereich“. Dass auch ehemalige KZ-Aufseherinnen, wie im Falle der früheren Ravensbrück-Aufseherin Margot Pietzner, großzügig für „erlittene DDR-Haft“ entschädigt wurden, sei nur am Rande erwähnt. Einggesetzt für die Pietzner hatten sich die damalige Leiterin der „Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Stalinismus“ in Berlin, Ursula Popiolek und das damalige Vorstandsmitglied der Gedenkstätte, Siegmund Faust, der später „Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen“ wurde.

Bei manchen Akteuren dieser Opfer-Verbände führte der Hass auf den Sozialismus ins einschlägig rechte Lager. So war der Vorsitzende des 1994 gegründeten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der „Opfer des Stalinismus“ (O.d.S.), Horst Hölz, zuvor Landesgeschäftsführer der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Ein weiteres O.d.S.-Landesvorstandsmitglied, Wolfgang Wenske, war über die Liste der „Republikaner“ in den Rat der Stadt gewählt worden. Dem Beirat der „Vereinigung 17. Juni 1953“ gehörte beispielsweise noch Ende des vergangenen Jahres der ehemalige Europaparlamentarier der „Republikaner“, Emil Schlee, an. Ein „Offener Brief“ dieses Vereins an Bundeskanzler Schröder war im Jahr zuvor auch in der „Deutschen Wochenzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey abgedruckt worden.

Mittlerweile haben sich die „Opfer des Stalinismus“ auch international organisiert. Auf dem VII. Kongress der „Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus“ im kroatischen Dubrovnik sprach auch der Justizminister des Gastlandes. Angesprochen auf die Pressefreiheit und politische Gefangene im eigenen Land äußerte dieser, dass Pressefreiheit schnell zu Presseanarchie werden könne. Außerdem seien die in Kroatien inhaftierten Serben keine politischen Gefangenen, sondern Kriegsverbrecher oder wegen Verunglimpfung der Regierung Verurteilte. Abgerundet wurde der Kongress mit einem Referat des bundesdeutschen Generalstaatsanwalts Christoph Schaefgen über die strafrechtliche Aufarbeitung kommunistischen Unrechts in Deutschland. Wolfgang Kusior von der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bot den Anwesenden massive Unterstützung an und betonte, wie wichtig ihre Registrierung als Nichtregierungsorganisation sei. Warum diese Vereinigung so gerne von staatlicher Seite unterstützt wird, kann man in deren 1998 verabschiedeten „Zagreber Resolution“ nachlesen. Dort wird nämlich unter anderem gefordert, dass die internationale anerkannte Definition des Völkermordes auch durch die Vernichtung einer Menschengruppe aufgrund ihrer „verschiedenen Klassenzugehörigkeit“ ergänzt werden soll.

Empfehlung für die Unterrichtspraxis

Material gegen Rassismus und Neofaschismus

Viele geben in der aktuellen Debatte dem Bildungsbereich die Hauptschuld am Ansteigen von Rassismus und Neofaschismus und fordern, dass vor allem die Schule mehr tun müsse. Ohne dazu im Detail zu argumentieren hier nur soviel: Die Schule muss zurückweisen, dass sie zum Sündenbock einer verfehlten Politik und der dadurch hervorgerufenen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gestempelt wird. Und sie muss zurückweisen, zur letzten Reparaturinstanz für alle gesellschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen, gemacht zu werden. Gleichwohl muss die Schule darauf reagieren, sie berücksichtigen, und kann nicht so tun als gäbe es sie nicht. Sie sind mehr oder weniger direkt in jeder Unterrichtsstunde präsent. Also kann die Schule sich dem nicht entziehen – was sie bekanntlich ja auch nicht will und tut.

Dennoch ist es gut, dass die breite öffentliche Debatte zur Bekämpfung von Rassismus und Neofaschismus die Frage aufgeworfen hat, ob die Schule genug getan hat bzw. tut. Und es ist auch gut, dass viele LehrerInnen, JugendleiterInnen, AusbilderInnen und HochschullehrerInnen sich angespornt fühlen, mehr als bisher schon zu tun. Es ist auch positiv zu bewerten, dass sich schon hier und da die Einsicht durchsetzt, dass die kontinuierliche Förderung, Unterstützung und Praxis der emanzipativen politischen Bildung am wirkungsvollsten ist – und da hat es ja bekanntlich in der Vergangenheit gefehlt. Und es ist auch erfreulich, dass weitgehend darin Übereinstimmung besteht, dass politische Bildung nicht auf Schule oder nur auf ein Schulfach reduziert werden darf. Weniger Übereinstimmung besteht darüber, welche Rahmenbedingungen die Politik setzen müsste oder welche selber zum Ansteigen von Neofaschismus führen. Jedenfalls sollte Schluss damit sein, den Stellenwert der politischen Bildung gegenüber anderen Bildungsinhalten weiter zurückzufahren, wie es seit dem politischen Streit um die hessischen Rahmenrichtlinien und die sogenannte „Konfliktpädagogik“ in den Siebzigern oder nach der Wende 1989 systematisch betrieben wurde. Das ist z.B. daran ablesbar, dass die Politiklehrraus- und -weiterbildung an den Fortbildungsinstituten im Westen systematisch ausgetrocknet wurde und seit Jahrzehnten bei Neueinstellungen Bewerber mit dem Studienfach „Politik“ gerade nicht genommen wurden oder dass im Osten bei Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen politische Bildung oftmals mit Indoktrination gleichgesetzt wird. So kommt es denn, dass heute viele KollegInnen politische Bildung fachfremd

oder sehr unsicher betreiben.

Besonders ihnen – aber darüber hinaus auch allen FachkollegInnen – wird der umfangreiche DIN A4-Ordner „Demokratie Macht Schule“ wärmstens empfohlen. Auf 322 Seiten – mit vielen anschaulichen, prägnanten oder witzig-anregenden Karikaturen, Abbildungen, Graphiken und Tabellen – wird ein ganzes methodisches Feuerwerk zeitgemäßer politischer „Bildung“ geboten (mit aktuellen Materialien, Redaktionsschluss Februar 2000!). Gut gelayoutet, in einer Sprache, die für SchülerInnen der Sek. 1 geeignet ist, jede Seite methodisch gut gegliedert – so werden sowohl methodische Hinweise gegeben wie viele praktikable und konkrete Handlungsbeispiele ausgebreitet. Nach dem Grundschema „Planung, Orientierung und Erfahrungserhebung, Analyse- und Handlungsphase“ werden sechs Themenkomplexe entwickelt. Das sind: 1. Arbeit, Ausbildung, Erwerbslosigkeit (mit Unterthemen wie z.B.: Was ist Leistung? Erster bis sechster Arbeitsmarkt, Qualität der Ausbildung). 2. Alltägliche Gewalt. 3. Globalisierung (mit Unterthemen wie z. B. Casino-Kapitalismus, Telekom kauft One to One, Entschuldung, Mannesmann), 4. Migration, Flucht, Asyl (mit z.B. dem Thema „Lebensbedingungen der Flüchtlinge“), 5. Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretung (einschließlich solcher Unterthemen wie 1. Mai, Tarifverträge) und einem Schlusskapitel „Tu was – wir machen uns die Welt wie sie uns gefällt“ (Mini-Zukunftswerkstatt). Ein praktisches Stichwortverzeichnis und eine methodisch ausgefeilte Selbstevaluationsphase schließen den Ordner ab, der auch den Vorzug hat, kopierfähige DIN A4-Vorlagen zu liefern.

Das Besondere ist, dass die Inhalte überwiegend durch Spiele, vielseitige Selbsttätigkeit, Checklisten, Entscheidungs- und Rollenspiele handelnd erarbeitet werden. Die gewählten Beispiele, an denen die Inhalte konkretisiert werden, sind dem Alltagsleben der SchülerInnen nahe. So werden Liedtexte von Klaus Lage und den Prinzen und Beispiele aus Betrieben wie McDonald und Subunternehmen verwendet. Praktisch ist auch, dass das Material und die Anregungen variabel einsetzbar sind. Es ist auf unterschiedliche Zeitkontingente zugeschnitten. 1,5, 4,5, 9 und 13,5 Stunden. Man merkt dem Ordner an, dass ihn Praktiker erstellt haben, die aus der außerschulischen Jugendarbeit kommen. Sie haben einen jugendzentrierten Blick bewahrt und der Motivation einen hohen Stellenwert eingeräumt.

Herausgeber ist der DGB Landesbezirk Nord, Abteilung Jugend (Adresse: Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel: 040/28 58 225, Fax, 29 58 209). Entstanden ist er aus dem gemeinsamen Projekt der DGB Jugend Nord, der IG Metall Küste, der Otto Brenner Stiftung, die das Projekt finanziell gefördert hat, und dem Verein für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern e.V. Erprobt wurde alles in einem eineinhalb-jährlichem Einsatz in Mecklenburg-Vorpom-

mern. Ein weiterer Vorzug ist, dass er aus dem Internet unter www.Demokratie-Macht-Schule.de bezogen werden kann und dass Aktualisierungen unter dieser Adresse erscheinen.

Ein zweites Material ist „Zivilcourage – Anleitung zum kreativen Umgang: mit Konflikten und Gewalt“ von Dieter Lünse / Jörg Rohwedder / Volker Baisch. Es ist das Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit zum Thema in der betrieblichen und außerschulischen Jugendarbeit und auch auf internationalen Expertentagungen mit den Erfahrungen anderer abgeglichen. Jetzt hat es Eingang gefunden in viele Streitschlichter- und Mediatorenseminare, die die Verfasser durchführen.

Neben einer Einführung zur Zivilcourage und praktischen Tipps zur Seminar- und Unterrichtsgestaltung sowie für das Leitungsteam bietet es in acht Kapiteln praktische Beispiele. So zum „Verhalten von Opfern und Tätern“, zu Angst, Vorurteil und Feindbild, zum Aggressionsbegriff, zu Antipathie und Sympathie und zur Bedeutung von Werten. Gut gelungen ist auch „Mensch, greif doch ein!“ Konkrete Zeitbedarfe zu jedem Schritt, aus Erfahrung geboren, Arbeitsgruppeneinteilungen, Rollenspiele, Statuentheater, Bilderdiskussionen, Arbeitsfragen, Ablauf- und Auswertungsvorschläge und ein Literaturverzeichnis zu den Themen sind direkt verwertbar und praxis- und teilnehmerorientiert. Streitgespräche, Beobachtungsschemata, Bewegungs- und Schreibübungen, Meinungsbarometer und Gewaltthermometer und Streitlinien sind z. B. die Methoden, mit denen diese Themen bearbeitet werden. Karikaturen, Formulare und Texte sind in kopierfähigem DIN A 4-Format direkt in verschiedenen Altersstufen (zum Teil schon ab KI.4) einsetzbar (Bezug: Agenda-Verlag, Hammer Str. 223, 48153 Münster).

Als ausgebildeter Politik- und Arbeitslehre-Fachlehrer mit langjähriger (Haupt)Schulpraxis habe ich selten derart gute praktikables Material in Händen gehabt, weshalb ich es vielen Kolleginnen gerne weiterempfehle.

Horst Bethge, (bildungs-politischer Sprecher der PDS)

Neuerscheinung

„Meine Kreativität hat keine Farbe“

Jedes Mal ist es irgendwie eine Rückkehr mit gemischten Gefühlen. So war es schon damals, 1990, als die ghanaische Schriftstellerin Amma Darko versuchte, für einige Wochen nach Deutschland zurückzukehren, um mit der Berliner Regisseurin Helma Sanders an der Verfilmung ihres Romanerstlings „Der verkaufte Traum“ zu arbeiten. Kaum gelang es Amma Darko schon wieder im Flugzeug gen Afrika: Einreiseverbot wegen unbefristeter Abschiebung.

Denn was die 1955 im nordghanai-

schen Tamale geborene Mutter von drei Kindern damals als „größte Demütigung ihres Lebens“ bezeichnete, war weder die erste noch die letzte zwiespältige Begegnung mit der Bundesrepublik. Schon 1981 war die junge Akademikerin mit einem Touristenvisum eingereist, fest entschlossen, Perspektivlosigkeit und Repression ihrer Heimat unter dem damaligen Militärrat für alle Zeiten den Rücken zu kehren. Doch das vermeintliche Wunderland zeigte die kalte Schulter, und bald erkannte sie den Teufelskreis aus falschen Pässen, Scheinehen, Prostitution und anderen Lebenslügen, in dem sich ein großer Teil ihrer Landsleute bewegte. Sie stellte Antrag auf politisches Asyl und willigte schließlich frustriert in eine „freiwillige Abschiebung“ ein.

Doch zurück in Ghana blieben weitere Demütigungen nicht aus. Als ihr weder Autos noch Videorecorder noch Fernseher folgten, wurde sie daheim als Versagerin abgestempelt. „Ich habe damals nicht im Traum daran gedacht, dass ich gerade aus dieser schlimmen Zeit Kraft und Inspiration für eine literarische Karriere würde schöpfen können“, erklärt die 45-Jährige, die heute wieder in der ghanaischen Metropole Accra lebt und arbeitet.

„Wie eine Bombe eingeschlagen“

Wesentliche Teile ihres ersten Romans „Der verkaufte Traum“ entstanden in der Einsamkeit einer kleinen Dachkammer in irgendeinem Kaff bei Hildesheim. Der Roman, eine gnadenlose, provokante, nicht-autobiographische Schilderung des Migrantinnendaseins und eine eindringliche Warnung vor den Wunschvorstellungen ihrer Landsleute vom europäischen Kontinent „platzte wie eine Bombe“ (Journal für die Frau) in die hitzigen Diskussionen um die Asylgesetzänderung Anfang der neunziger Jahre und machte Amma Darko schnell zu einer der meistgelesenen schwarzafrikanischen Autorinnen in deutscher Sprache. Drei Jahre jedoch musste Amma Darko noch warten, ehe das Buch in die renommierte englischsprachige Reihe „Heinemann's African Writer's Series“ aufgenommen und somit endlich auch ihren Landsleuten zugänglich gemacht wurde. „In einem Land mit nur einer Handvoll Verlagen, die zudem hauptsächlich Schulbücher und Bibeln veröffentlichen, ist es nicht einfach, sich als heimischer Autor Gehör zu verschaffen“, erklärt Amma Darko und fügt hinzu, „als Frau ist es sogar fast unmöglich“.

Die große Abrechnung

Dem Überraschungserfolg von „Der verkaufte Traum“ ließ Amma Darko ihre große Abrechnung folgen, und zwar im Jahre 1996 mit „Spinnweben“, ein vor Witz nur so strotzender, teilweise autobiographischer Roman, in dem so ziemlich alle ihr Fett abkriegen: Die Ghanaer, die einerseits fast sklavisches den Segnungen westlicher Zivilisation nachhecheln,

andererseits jedoch verschämt Voodoo-Zauber und blutigen Ritualen huldigen, korrupte, skrupellose Politiker, die das Land zugunsten ihrer Clans ausbluten und sich mit sinnlosen Renommierprojekten zweifelhaft Denkmäler setzen lassen, und nicht zuletzt die Deutschen, denen Kultur und Seelenleben einer Afrikanerin bei allem gutwilligen Bemühen doch immer fremd bleiben.

Der Fluch mit den Behörden

Im vergangenen Jahr schien das problematische Verhältnis der Schriftstellerin zu ihrem ehemaligen Gastland eine versöhnliche Wendung zu nehmen. Inzwischen in ihrer Heimat mit dem Buchpreis „Ghana Book Award“ ausgezeichnet, wurde Amma Darko auf Vorschlag des südafrikanischen Romanciers J. M. Coetzee ein sechsmonatiges Stipendium an der Stuttgarter „Akademie Schloß Solitude“ zuteil. Diese Gelegenheit wollte sie nutzen, auf einer umfangreichen Lesereise ihrem inzwischen vielköpfigen Publikum ihr drittes Buch „Das Hausmädchen. Zwei fast unglaubliche Geschichten aus Ghana“ vorzustellen.

Doch auch diesmal drohte sie sich im Behördendschungel zu verfangen. Erst mit der Bezahlung von 2.500 DM an die Bezirksregierung Hannover erreichte die Autorin die Befristung der Abschiebung und damit ihre Einreise.

Auch andere Zeitgenossen meinten es nicht besonders gut mit ihr. Während ihrer Lesereise wurde sie in Saßnitz auf der Urlaubsinsel Rügen von Rechtsradikalen angepöbelt und mit einer Bierflasche beworfen. Ein Vorfall, der kurzfristig die Medien bewegte und die Schriftstellerin zum zwischenzeitlichen Abbruch der Lesereise bewog.

Im Herbst diesen Jahres kommt Amma Darko wieder, diesmal auf Einladung der Evangelischen Akademie Bad Boll. Auf der Lesereise „Meine Kreativität hat keine Farbe“ wird sie u.a. ihr neues Buches „Verirrtes Herz“ vorstellen, eine dramatische Familiengeschichte, in deren Mittelpunkt sie die miserablen Bildungschancen der Frauen ihrer Heimat gestellt hat.

Man darf gespannt sein auf den neuerlichen Versuch, die Schriftstellerin und das Land ihres literarischen Erfolges endlich miteinander in Einklang zu bringen.

Schmetterling Verlag, Lindenspürstr. 38b, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711/626779, Fax: 0711/626992, Internet: www.schmetterling-verlag.de



Eine ghanaische Schriftstellerin kommt:

Do. 28.9. Stuttgart/ Stadtbücherei, Mi. 4.10. Berlin/Galerie am Prater, Sa. 7.10. Lüneburg/Heine-Haus, Do. 12.10. Wien/Palais Wilczek, Fr. 13.10. Innsbruck/Tyrolia-Buchhandlung, Do. 19.10. Mecklenburg/Öffentliche Bücherei.

16. September, Fulda: *Politische Ökonomie heute*, 3. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

16. September, Köln: „*Neue Ökonomie*“ am Beispiel der Privatisierung öffentlicher Dienste in der EU. Eine Veranstaltung der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) in Zusammenarbeit mit dem Memento e.V. Es spricht: Michel Husson, französischer marxistischer Ökonom. Beginn: 12 Uhr, Ende ca. 19 Uhr. Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Kleines Forum, Melchiorstr. 3

16. September, Berlin: „*Eingebürgert – und was dann? Minderheiten in Deutschland.*“ Rosa-Luxemburg-Stiftung, u.a. mit: Eckhardt Barthel (SPD-MdB), Ulla Jelpke (PDS-MdB), Dr. Norman Weiß (Uni Potsdam), Prof. Norman Paech (HWP Hamburg), VertreterInnen des SSW (angefragt), kurdischer, türkischer und anderer Verbände. Ansprechpartner: Dr. Florian Weiss (030-2978 1164)

21.-24. September, Schierke / Harz: *Berliner Republik - Geschichtsrevisionismus - Neue Normalität.* Herbstakademie der Forschungs-, Informations- und Bildungsstelle (FIB) beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), u.a. mit Reinhard Kühnl, Johannes Klotz, Paul Schäfer, Barbara Fried. Anmeldung/Informationen: FIB beim BdWi, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel. 06421/21395, Fax 24654, e-mail: fib.bdwi@bdwi.de

24. September, Mannheim: *Regionalkonferenz „Süd“ der PDS* (Bayern, Ba-Wü, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

30. September, Berlin: Wissenschaftliches Kolloquium „*Zur Kriegsfrage in der Geschichte der Sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht.*“ Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. Beginn: 10:00 Uhr, Ende: 16:15 Uhr, Klub am See, Wriezener Str., 15344 Strausberg, Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke, Tel.: 030/29781151; Fax: 030/29784222

1. Oktober, Hannover: *Regionalkonferenz „Nord“ der PDS* (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, NRW)

5./6. Oktober, Berlin: *Interkontinentales Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Eröffnung Do, 11.15, Plenum, ab 15.30 bis 19.00 mehrere parallele Podien mit internationaler Besetzung: Die Fassaden der Barbarei; Theorie und Praxis des Neoliberalismus; Gerechtigkeit und Menschenrechte: Der Diskurs der Religionen und Weltanschauungen; Die neue Imperialordnung und

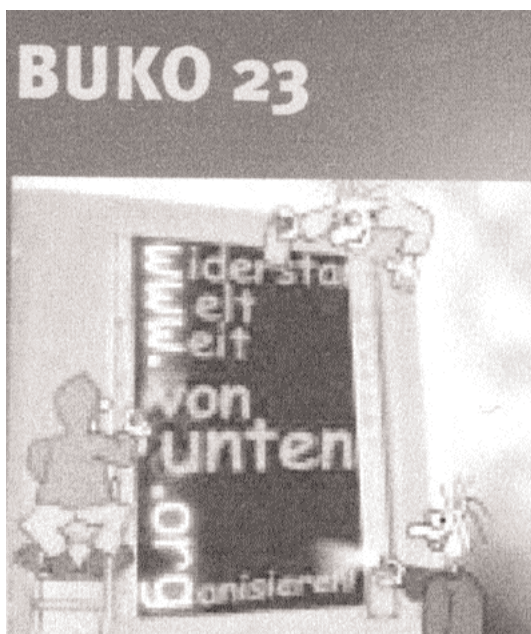
ihre Kriege; Demokratie und Differenz - „Differenz und Vielfalt als Norm“; Kampffeld internationales Handels- und Finanzsystem. Fortsetzung am Freitag 10 Uhr mit einem 2. Block von Podien: Bauern- und Landlosenbewegungen; Schüler- und Studierendenbewegungen; Kampf um Arbeit und Lohnarbeit; Bewegungen sozial Ausgegrenzter; Anti-rassistische Bewegungen; Geschlechterbewegungen. Ab 15.30 Abschlussplenum. Anmeldung: Jens Ilse, Tel. (030) 29 78 11 73

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren. Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des *EU-Gipfels in Biarritz*; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

21. Oktober, Berlin, 14.00, S-Bahnhof Köpenick: *Demonstration für die Schließung der NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick*; Aufrufer unter anderem: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN), Betriebsjugendausschuss der Telekom Berlin, Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), solid (PDS-nahe Jugendorganisation), Sozialistische Alternative (SAV), Martin Gertenbach (Jugendsekretär DGB Hessen)...

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure



WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus

6. bis 8. Oktober 2000
Berlin • Humboldt-Uni • Unter den Linden 6

Freitag, den 6. Oktober 2000

19.00: Podiumsdiskussion „*Soziale Organisation im globalen Kapitalismus*“ mit Barbara Unmüßig (WEED), Miriam Fischer (Aktivistin im Netzwerk PGA) und Alex Demirovic (kritischer Wissenschaftler/Uni Frankfurt)

21.30: Workshops

Samstag, den 7. Oktober 2000

10.00: AGs (I. Teil)

12.30: Mittagessen

14.30: AGs (II. Teil)

17.00: Austausch-AGs, parallel Mitgliederversammlung des BUKO

19.00: Abendessen

20.00: Workshop „*Bis Gleich*“ zur Freilassungskampagne der RZ-Prozesse, FFM; weitere Workshops (u.a. zu Protesten in Seattle), parallel Mitgliederversammlung des SB

21.00: Kulturprogramm: Kabarett mit Peter Grohmann, danach Konzerte von Livebands an unterschiedlichen Orten und Party

Sonntag, den 8. Oktober 2000

10.30: Abschlussdiskussion „*Widerstand weltweit von unten organisieren - Probleme internationalistischer Kämpfe*“ mit Beiträgen von Libia Grueso (Proceso de las Comunidades Negras, Kolumbien), Cheri Honkala (Kensington Welfare Rights Committee, USA), Eric Ward (Northwest Coalition Against Malicious Harassment, USA), Sunny Omwenjeke (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen), Thomas Seibert (medico international)

Anmeldung und weitere Informationen, insbesondere über die Arbeitsgruppen, unter: <http://www.von-unten.org>